



**Gesellschaft zur Rechtlichen und
Humanitären Unterstützung e.V.
Der Vorstand**

Information

Nr. 3 / 2016

Kundschafter für den Frieden und Aufklärer

Für Mitglieder und Sympathisanten

Berlin, Juni 2016

Inhaltsverzeichnis

| | <i>Seite</i> |
|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------------|
| <i>Hans Bauer, Dieter Stiebert</i> Grußwort an die Teilnehmer des Kundschaftertreffens 2016 | 4 |
| <i>Günter Ebert</i> Bericht über das Kundschaftertreffen 2016 | 5 |
| <i>Werner Großmann und Wolfgang Schwanitz</i> Geschmähter Friedensdienst (Vorabdruck des Vorwortes zu „Top-Spione im Westen“, „junge Welt“ vom 09.02.2016) | 7 |
| <i>Klaus Eichner</i> Das Jahrhundert der Spione | 13 |
| <i>neues deutschland Sonnabend/Sonntag, 19./20. September 2015</i> Retourkutschen sind tückisch (Karlen Vesper im Gespräch mit Rainer Rupp) Wir bedanken uns bei Karlen Vesper, die der Veröffentlichung ihres Gesprächs mit Rainer Rupp in dieser Broschüre ihre Zustimmung gab. | 22 |
| Aus dem Brief von Theresa Squillacote vom 20.04.2016 | 26 |
| <i>Kurt Stand</i> Umzugestaltende Politik: Die deutsche Linke / die US-Linke – gleiche Herausforderungen / gleiche Kämpfe (Veröffentlicht am 21.02. und 08.03.2016 bei www.stansburyforum.com) | 28 |
| <i>Karl Rehbaum</i> Rechtswidriger Umgang der Behörden der BRD mit den Kundschaftern der DDR (Vorabdruck eines Beitrages für die „Rote Hilfe“) | 35 |
| Empfehlenswerte Websites sowie Presse und Medien | 39 |

Grußwort an die Teilnehmer des Kundschaftertreffens 2016

Liebe Freunde,

in der GRH besteht seit mehr als 15 Jahren eine Arbeitsgruppe Aufklärer. Ihr Leiter ist Mitglied des Vorstandes. Für unsere Widerstands-, Solidar- und Opfergemeinschaft war dies eine wertvolle Ergänzung und Bereicherung. Jedoch bereits seit Gründung der GRH vor 23 Jahren gehören Kundschafter und Mitarbeiter der H VA des MfS sowie der Militäraufklärung der DDR unserer Organisation an. Mit ihrer Friedens- und Öffentlichkeitsarbeit sowie mit der umfangreichen publizistischen Tätigkeit sind sie weiterhin - im wahrsten Sinne des Wortes - Aufklärer und zugleich aktive Streiter in den gegenwärtigen Auseinandersetzungen. Sie vermitteln Einblicke in geheimdienstliche Arbeit und ihr opferreiches Leben für eine friedliche Entwicklung und Stärkung des Sozialismus unter den Bedingungen des Kalten Krieges. Im gegenwärtigen Ringen um Frieden und gesellschaftlichen Fortschritt leisten sie mit ihrer engagierten Arbeit einen gewichtigen Beitrag. Ihre Einschätzungen und Analysen zu ökonomischen, politischen, sozialen, militärischen und Sicherheitsfragen, zu Entwicklungen in NATO, EU, USA und Deutschland, sind bei Lesern gefragt und finden große Resonanz.

Unser Dank gilt allen, die in und mit der AG Aufklärer und in der IKF (Initiativgruppe "Kundschafter für den Frieden fordern Recht") aktiv tätig sind. Allen Freunden, die an der "unsichtbaren Front" aus Überzeugung für eine bessere Welt gekämpft haben und von der BRD dafür zu Unrecht verfolgt und bestraft wurden, genießen unsere besondere Achtung und Solidarität.

In diesem Sinne grüßen wir auch unsere amerikanischen Freunde.

Regelmäßige Treffen mit den Aufklärern und Kundschaftern verfolgen das Anliegen, den Meinungs- und Informationsaustausch zu pflegen, unser freundschaftliches Bündnis zu festigen, Solidarität zu stärken und die nächsten Aufgaben abzustecken. Dem diene auch unsere jüngste Zusammenkunft im April 2016.

H. Bauer

D. Stiebert

Günter Ebert

Bericht über das Kundschaftertreffen 2016

Am 23.04.2016 fand das schon traditionelle Kundschaftertreffen der GRH statt, an dem 110 Genossen und Freunde teilnahmen. Herzlich begrüßt wurden der letzte Leiter der HVA Werner Großmann und leitende Mitarbeiter der NVA und der Abwehr des MfS sowie Offiziere der Militäraufklärung, der Vorsitzende der GRH Hans Bauer, Mitglieder des Vorstandes der GRH und seiner Arbeitsgruppen, Wolfgang Schmidt und weitere Vertreter von ISOR, Gerhard Matthes vom Verband zur Pflege der Traditionen der NVA/GT der DDR. Von mehreren Genossen wurden Grüße und beste Wünsche für einen erfolgreichen Verlauf übermittelt, unter anderem von Egon Krenz und Generalleutnant Wolfgang Schwantitz.

Für 30 ehemalige Kundschafter der HVA sowie Abwehrdienststeinheiten des MfS und der Verwaltung Aufklärung der NVA der DDR aus allen Teilen des Landes war es vor allem ein Forum des Gedankenaustauschs zur aktuellen Weltlage, ausgiebiger persönlicher Gespräche untereinander und mit ihren Führungsoffizieren.

Genosse Rainer Rupp analysierte ausführlich die derzeitige Strategie der USA zur Durchsetzung ihres Herrschaftsanspruchs insbesondere im Nahen Osten und der Ukraine. Er erläuterte die Differenzen zwischen Nato-Staaten bei einzelnen Fragen, was eine, für die Nato, neue Erscheinung ist, aber auch die Konkurrenzen zwischen einigen EU-Staaten und den USA bei dem Kampf um die Einflussnahme auf die Entwicklung in der Ukraine und dem Verhältnis zu Rußland. Später in der Diskussion verwies er auf die eigenartige Rolle des US-Präsidentschaftskandidaten Trump, der angeblich US-Stützpunkte im Ausland auflösen wolle. Das alarmierte offensichtlich die einflußreichsten Politiker und Konzerne, so daß Republikaner und Demokraten gemeinsame Überlegungen anstellten, wie solche Vorstellungen verhindert werden könnten.

Genosse Hans Bauer berichtete unter anderem über Antworten der Bundesregierung auf parlamentarische Anfragen der Linkspartei zum Umfang von gespeicherten Daten bei den Bundesdeutschen Geheimdiensten über DDR-Bürger. In den Antworten wurden zwar durchaus umfangreiche Zahlen genannt, aber unter Hinweis auf Datenschutz und Sicherheitsinteressen keine konkreten Angaben gemacht. Die Bundesregierung hatte in den Antworten angekündigt, daß demnächst Historikerkommissionen Aufgabenstellungen zu einer Aufarbeitung erhalten würden. Genosse Bauer regte an, auf diese Ankündigung mit gezielten Fragestellungen zu versuchen, die Regierung zu weiteren Angaben zu zwingen. Gleichzeitig betonte er, daß durch die GRH und damit auch durch die AG Kundschafter die Aufklärungsarbeit über die politische Entwicklung sowohl in der Vergangenheit als auch in der Gegenwart unbedingt weitergeführt werden muß.

Genosse Bruno Mahlow hielt einen sehr interessanten Beitrag zum Thema: "Feindbild Rußland". Er verwies darauf, daß bereits seit Jahrzehnten alle US-Präsidenten Rußland als ihren Hauptfeind gesehen haben. Rußland könnte auf Grund seiner Größe und der riesigen Rohstoffvorkommen völlig unabhängig existieren, vorrausgesetzt Wirtschaft, Wissenschaft und Technik werden optimal entwickelt. Deshalb wurde es zu allen Zeiten angefeindet, heute wird alles versucht, um Rußland als Alleinschuldigen für Spannungen und Kriege darzustellen. Er schätzte ein, daß die Völker immer weniger diese Propaganda glauben und in Rußland sowohl einige Eliten als auch große Teile der Bevölkerung sich auf ihren Stolz als Nation besinnen. In Rußland überwiegt der Wunsch, keinen Krieg zuzulassen. Man solle aber die Opferbereitschaft der Russen nicht unterschätzen.

Genosse Werner Großmann analysierte eine neue Form der Diffamierung der DDR durch die Herausgabe eines speziell für Kinder vorgesehenen Buches, in dem bereits den Schülern die DDR als Unrechts-, Unterdrücker- und undemokratischer Staat dargestellt wird. So will man erreichen, daß

dieses DDR-Bild durchgängig Bestand hat. Er schlußfolgerte, daß von unserer Seite durch geeignete Publikationen die wirkliche Geschichte insbesondere der beiden deutschen Staaten dargestellt werden muß. Genosse Großmann würdigte nochmals die großen Leistungen der Kundschafter, die mit ihrer Arbeit einen unschätzbaren Beitrag zur Sicherung des Friedens in Europa und für den Schutz und die Stärkung der DDR geleistet haben. Sie haben dafür viele persönliche Belastungen auf sich genommen. Dafür dankte er ihnen nochmals ausdrücklich. Er bedauerte, daß es uns nicht gelungen ist, die Kundschafter vor Strafverfolgung zu schützen und sagte, daß die Verratsfälle auch ihn persönlich stark belastet haben.

Genosse Grimmer, AG Sicherheit, betonte, daß Abwehr und Aufklärung stets vertrauensvoll zusammen gearbeitet haben und das auch jetzt weiterführen. Er erläuterte die Vorstellungen der Kommission, die die Struktur und Arbeitsweise der Jahn-Behörde analysierte und ihre Vorschläge dem Bundestagspräsidenten übergeben hat. Demnach soll diese Behörde dem Bundesarchiv unterstellt werden, Mitarbeiter und Akten verbleiben in den bisherigen Räumen, nur in den Ländern sollen Einrichtungen geschlossen werden. Die Arbeit wird allerdings ausgeweitet auf den Staatsapparat der DDR und die SED. Offenbar zieht das Thema Stasi-Akte nicht mehr genug. Man muß sich also auf eine Ausweitung der Anti-DDR Hetze einstellen. Die persönliche Zukunft des Jahn soll durch die lukrative Verlängerung seiner Anstellung gesichert werden. Allerdings wird es Rangeleien zwischen den einzelnen Bereichen geben, insbesondere Herr Kabe fühlt seine Selbständigkeit bedroht, er bezeichnete die Vorschläge als feindliche Übernahme. Es geht schließlich um viel Geld!

An diesem Treffen nahm auch ein Gast aus den USA teil, Professor Michael M. Andregg. Er ist Professor an der Universität in Minnesota, ein engagierter Friedens- und Konfliktforscher, aktives Mitglied der Friedensbewegung in den USA. Als Wissenschaftler untersucht er den Einfluss der Geheimdienste auf die Fragen von Krieg und Frieden. Er berichtete, daß die Friedensbewegung in den USA konsequent behindert wird. Friedensdemonstranten werden von schwerbewaffneter Polizei und Armee stets abgedrängt, man verhindert ihr Auftreten in Stadtzentren oder gegen den Krieg befürwortende Einrichtungen und Veranstaltungen. Die wichtigsten landesweiten Medien-Fernsehen, Rundfunk und Presse- schweigen sie tot, sie erhalten keine Gelegenheit, ihre Meinung zu propagieren. Dadurch bleibt die Bevölkerung weitgehend uninformiert. Auf eine entsprechende Frage schätzte er ein, daß seiner Meinung nach H. Clinton zur Präsidentin gewählt werden könnte. Von unserer Veranstaltung war Prof. Andregg angenehm überrascht und sehr erfreut, teilnehmen und auch seine Meinung darlegen zu können.

Genosse Lothar Ziemer verlas einen Brief der Genossin Theresa Squillacote, in dem sie ausführlich ihre Bemühungen um eine Wohnung, Arbeit, medizinische Behandlung ihrer Leiden und auch die ihres Sohnes schilderte, seitdem sie im Januar 2015 aus der Haft entlassen wurde. Trotz der sehr dramatischen Situation kämpft sie um eine Rückkehr in das normale Leben. Sie bedankte sich für die ihr erwiesene Solidarität und Hilfe, versicherte, ihrer Überzeugung treu zu bleiben und sprach die Hoffnung aus, uns auch einmal besuchen zu können. Dieser Bericht hat alle Teilnehmer des Treffens sehr berührt, spontan wurde eine Sammlung für eine finanzielle Unterstützung beschlossen, die einen Betrag von 1000 € erbrachte.

Genosse Peter Böhm stellte sein Buch über den Kundschafter Horst Hesse vor, der das Vorbild für den Defa-Spielfilm „For Eyes Only“ war. Das Buch ist zu empfehlen und ab Juni erhältlich.

Die Beiträge der Referenten wurden mit einer Bilderauswahl auf einer DVD aufgezeichnet.

In der Ausgabe der „Junge Welt“ vom 9. Februar 2016 erschien anlässlich des 66. Jahrestages der Bildung des Ministeriums für Staatssicherheit der nachstehende Artikel von Werner Großmann und Wolfgang Schwanitz. Es handelt sich um das Vorwort zu dem inzwischen als Nachauflage von Klaus Eichner und Gotthold Schramm herausgegebenen Buch „Top-Spione im Westen“

Geschmähter Friedensdienst

Die Spione der DDR handelten nach der Maßgabe, einen Krieg zu verhindern. Ihre Leistungen werden in Zeiten sich verschärfender Konflikte deutlich erkennbar

Von Werner Großmann und Wolfgang Schwanitz

Seit nunmehr einem Vierteljahrhundert ist die DDR Geschichte. Ihr Auslandsnachrichtendienst und alle anderen Institutionen sind es damit auch. Wer bei politischem Verstand ist, hat viele Gründe, dies zu bedauern. Der wichtigste Grund ist die Tatsache, dass inzwischen der Krieg wieder als eine normale Fortsetzung der Politik praktiziert wird.

Der französische Sozialist Jean Jaurès (1859–1914) sah nicht als erster und einziger den kausalen Zusammenhang zwischen Kapitalismus und Krieg, aber er kleidete diesen in ein sehr überzeugendes Bild: »Der Kapitalismus trägt den Krieg in sich wie die Wolke den Regen.« Womit gesagt ist: Solange es Kapitalismus gibt, solange wird es auch Kriege geben.

Die Deutsche Demokratische Republik brach mit dem Kapitalismus in Deutschland, der Schwur der Überlebenden des Konzentrationslagers Buchenwald »Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus!« wurde Staatsdoktrin. Womit die DDR zwangsläufig zur Zielscheibe kapitalistischer Staaten wurde, insbesondere jenes Nachfolgestaates des Deutschen Reiches, der ein einheitliches, antifaschistisch-demokratisches Deutschland verhinderte, indem er das Land teilte. Die existentielle Auseinandersetzung mit den alternativen Gesellschaften, die eine antikapitalistische Entwicklung einschlugen, nannten sie Kalter Krieg. Und dieser wurde, grundsätzlich betrachtet, nach den gleichen Prinzipien geführt, die Kaiser Wilhelm II. 1905 in seinem Neujahrsbrief an den deutschen Reichskanzler Bernhard von Bülow formuliert hatte: »Erst die Sozialisten abschießen, köpfen und unschädlich machen, wenn nötig per Blutbad, und dann Krieg nach außen. Aber nicht vorher und nicht a tempo.«

Der Krieg »nach außen« wurde bis 1990 verhindert allein durch die Existenz eines zumindest militärisch gleichwertigen Widerparts, eines Bündnisses, das sich die Sicherung des Weltfriedens auf die Fahnen geschrieben hatte. Die Androhung wechselseitiger Vernichtung war zwar kein auf Dauer erträglicher Zustand, außerdem verschlang die Rüstung Ressourcen, die den Völkern fehlten. Aber das wies den

Kapitalismus in die Schranken. Diese waren beseitigt, als die Mauer fiel und der Warschauer Vertrag sich auflöste. In Europa wurde wieder geschossen. Zuerst auf dem Balkan – wie schon einmal 1914. Ab 1999 waren auch deutsche Soldaten dabei. Solange zwei deutsche Staaten existiert hatten, hatte man sich solche Unverfrorenheit, nicht getraut ...

Opfer der Siegerjustiz

Diesen großen politischen Bogen sollte man schon schlagen, um sich bewusst zu machen, welchen Beitrag die Spione der DDR – die wir zu ihrer Unterscheidung von den Agenten des Kapitalismus »Kundschafter« nannten – zur Bewahrung des Friedens bis 1990 nachweislich leisteten. Und wir sollten auch sagen, dass sie dazu nur deshalb in der Lage waren, weil die sie führende Hauptverwaltung Aufklärung (HV A) zu einem Ministerium für Staatssicherheit (MfS) gehörte, in welchem der Schutz des Friedens staatlich organisiert und koordiniert worden ist. Selbstredend gemeinsam mit anderen Institutionen, denn das MfS inklusive HV A stand nicht über anderen Einrichtungen der DDR, sondern es war Teil eines großen Ganzen.

Die Kundschafter, auch die der Militäraufklärung, kämpften in der ersten Linie, die keineswegs unsichtbar war. Der Verlauf der Klassenfront war durchaus erkennbar. Und sie selbst blieben nur solange unsichtbar, solange sie nicht erkannt wurden. Falls sie jedoch enttarnt wurden, verhielt man sich ihnen gegenüber so, wie es der deutsche Kaiser seinerzeit gefordert hatte: »abschießen, köpfen und unschädlich machen«. Horst Hesse, der 1958 aus einer Filiale des US-Nachrichtendienstes MID in Würzburg die Datei mit den amerikanischen Agenten in der DDR sicherstellte (was später die Vorlage für den DEFA-Film »For eyes only« lieferte), wurde in den USA in Abwesenheit zum Tode verurteilt. Andere Kundschafter wie Hans Voelkner oder Marianne und Hans-Joachim Bamler wurden in französischen Kerkern »unschädlich« gemacht, Christel und Günter Guillaume, Renate und Lothar-Erwin Lutze in denen der Bundesrepublik. Lutze war elf Jahre inhaftiert, ehe er 1987 ausgetauscht werden konnte. Er saß von allen am längsten.

All diese Genossen und unsere Gefährten wussten, wie hoch ihr Risiko war. Sie gingen es mit Bedacht ein, weil sie nicht nur von der Richtigkeit ihres Tuns überzeugt waren, sondern auch von dessen Notwendigkeit.

Daran änderte auch die Niederlage nichts, die wir 1989/90 erlitten. Dieser Überzeugung blieben sie, blieben wir ebenso treu wie jene Kräfte der Konterrevolution, die obsiegten, der ihren: Sie machten die Sozialisten mit Hilfe der Justiz unschädlich, um »dann Krieg nach außen (zu beginnen). Aber nicht vorher und nicht a tempo.« Es gab etwa dreitausend Ermittlungsverfahren nach 1990, viele Kundschafter wurden zu langjährigen Haftstrafen verurteilt.

Die kapitalistische Justiz – die trotz gegenteiliger Bekundungen eine Klassenjustiz ist und bleibt – drängte sie an den sozialen Rand der Gesellschaft. Die Rentenkassen erledigten auch die Führungsoffiziere und die Mitarbeiter, die hinter diesen Kundschaftern in der DDR standen. Und die kapitalistische Propaganda besorgte die Gehirnwäsche bei den Außenstehenden. Inzwischen haben wir es mit einer ganzen Aufarbeitungsindustrie zu

tun. Das Land ist überzogen von einem Netzwerk staatlicher oder staatlich alimentierter Einrichtungen, die jenen Generationen, die keine lebendige Erinnerung an die DDR haben, ein Bild von dieser »zweiten deutschen Diktatur« vermitteln sollen, in der »die Stasi« spitzelte und spionierte, Unschuldige verfolgte und zu seelischen Krüppeln machte.

Menschenverachtender Plan

Dass solche Darstellungen falsch und verlogen sind, wissen alle, die dabei waren. Wir werden aber immer weniger, das ist der Lauf der Welt. Deshalb legen wir Zeugnis ab, solange es geht. Dabei geht es nicht um Rechtfertigung. Wofür sollten wir uns »rechtfertigen«? Die Sicherung des Friedens bedarf keiner Begründung. Eher stehen doch wohl jene in der Pflicht zu erklären, warum sie fortgesetzt den Frieden brechen. Sie führen weltweit Krieg gegen den Terror, wie sie behaupten.

Sollte man nicht besser nach dessen Ursachen fragen? Wurzeln diese nicht in Jahrhunderte währendender kapitalistischer Bevormundung, Ausbeutung und Unterdrückung? Oder in der Zerschlagung staatlicher Strukturen, um einen »Systemwechsel« mit dem Ziel höherer Profite herbeizuführen? Wenn dann Unwissenheit auf Leichtgläubigkeit trifft, finden religiöse Vorstellungen Zuspruch, die Glück und Zufriedenheit versprechen. Natürlich und mit Recht stößt das zu Beginn des 21. Jahrhundert auf Widerspruch, und alle Verbrechen, die sich auf antiquiertes Denken oder auf eine Religion berufen, sind zu verurteilen. (Das gilt für den Islam wie für das Christentum) Doch die Auseinandersetzung mit solchen Auffassungen und den daraus resultierenden Rechtsbrüchen darf nicht die Frage nach dem Warum ausblenden. Das aber geschieht absichtsvoll. Sie wird weggebombt. Denn hinter den Rauch- und Propagandaschwaden verschwinden auch andere Probleme.

Der Imperialismus – diesen Begriff liebt man nicht, weil er zu deutlich den Charakter der kapitalistischen Gesellschaft benennt – hat keine Moral außer jener, an die schon Karl Marx im »Kapital« erinnerte: »300 Prozent (Profit) und es existiert kein Verbrechen, das es nicht riskiert, selbst auf die Gefahr des Galgens.« Wir erinnern uns: Im Mai 1945 – soeben war von der Antihitlerkoalition Nazideutschland niedergeworfen und der Krieg in Europa beendet worden – sollte die Sowjetunion von britischen und US-Truppen militärisch niedergeworfen werden. Für die »Operation Unthinkable« wollte man etwa 100.000 kriegsgefangene Wehrmachtssoldaten reaktivieren. Der Termin des Überfalls war auf den 1. Juli 1945 festgelegt. Er wurde abgeblasen, weil man erstens die Sowjetunion militärisch für zu stark hielt und zweitens Probleme sah, der eigenen Bevölkerung einen Krieg gegen den bisherigen Verbündeten glaubwürdig zu vermitteln. Dieser streng geheime Plan wurde erst 1998 publik.

Ende 2015 erfuhr die Welt von einem anderen »streng geheimen« Plan: die nukleare Vernichtung von 1.200 Städten in den Staaten des Warschauer Vertrages sowie Chinas. Deren Namen standen in einer »Atomwaffenbedarfsstudie« des strategischen Bomberkommandos der USA. Die 800 Seiten umfassende Zielliste machte Washington Ende der 50er Jahre zum Regierungsprogramm, es wurden dafür 1.200 Wasserstoffbomben MK-15 produziert, von denen jede die Sprengkraft von 300 Hiroshima-Bomben besaß. Allein 68 solcher Mordinstrumente sollten auf die DDR-

Hauptstadt Berlin abgeworfen werden, für Leningrad – drei Jahre von der faschistischen Wehrmacht erfolglos belagert – waren 145, für Moskau 179 vorgesehen. Der Deckname der Zielorte: »Ground Zero«.

Dass dieser irrwitzige, menschenverachtende Plan nicht ausgeführt wurde, war nicht irgendwelchen Humanitätsgedanken oder christlicher Nächstenliebe geschuldet, sondern einzig der Tatsache, dass die Sowjetunion und ihre Verbündeten unter großen Mühen ein atomares Patt erreicht hatten, was zu der simplen Logik führte, die selbst Kalte Krieger begriffen: Wer als erster schießt, stirbt als zweiter!

Nicht grundlos hieß damals das Uranerz, das wir oft unter unsäglichen Bedingungen und keineswegs schadlos für Mensch und Umwelt aus den Schächten in der DDR kratzten, »Friedenserz«. Der Preis, den wir zahlten, war hoch. Aber die Rendite rechtfertigte unseren Einsatz: Wir verhinderten dadurch die nukleare Vernichtung der Menschheit. Zu den notwendigen Aufwendungen, die uns auszehrten, gehörten auch die zugunsten der Schutz- und Sicherheitsorgane im In- und im Ausland. Ohne unsere Aufklärer und das gesellschaftliche Hinterland hätten wir nicht bis 1990 Frieden sichern und für eine stabile Ordnung sorgen können. Ein System kollektiver Sicherheit, in den 70er Jahren mit der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) geschaffen, wäre ohne dieses kollektive Engagement nicht möglich gewesen.

Globale Bespitzelung

Und jene geheimen Pläne zur Eroberung und Beherrschung der Welt waren nicht die einzigen – das Thema ist keines ausschließlich für den Geschichtsunterricht. Es ist Gegenwartskunde, wie wir etwa von Edward Snowden wissen, einst Mitarbeiter der CIA. Von ihm erfuhr 2013 die Welt, dass die Geheimdienste der USA systematisch die Welt ausforschen. Ob Freund oder Feind, Verbündeter oder Gegner: egal, gespitzelt wird global. Seither dringen mehr und mehr Details an die Öffentlichkeit. Im Bundestag beschäftigt sich seit 2014 ein Untersuchungsausschuss mit der NSA-Affäre, in dem auch die Kooperation des Bundesnachrichtendienstes mit den US-Spionageeinrichtungen ans Licht kam wie auch die Tatsache, dass der BND gleichfalls EU-Partner abhörte. Als 2013 ebenfalls ruchbar wurde, dass die Amerikaner das Telefon der Bundeskanzlerin abhörten, empörte sich Angela Merkel: »Ausspähen unter Freunden, das geht gar nicht.« Zwei Jahre später kam heraus, dass der BND das gleiche tat – er hörte die »Freunde« in Paris ab. Uns überraschte das nicht.

Dem Bereich Gegenspionage der HV A war es in den 80er Jahren gelungen, ein Dokument mit der Bezeichnung »National SIGINT Requirements List« (NSRL) sicherzustellen. Es handelte sich um eine Wunschliste der Intelligence Community der USA für die weltweite fernmelde- bzw. elektronische Aufklärung. Federführend bei der Erstellung dieses Dokuments war die NSA. Darin fixiert waren das Interesse aller US-Geheimdienste, des Weißen Hauses und einiger Regierungsorgane, etwa des Außen- und des Energieministeriums, an spezifischen Informationen aus bestimmten Regionen und Ländern. Verlangt wurden detaillierte Daten zur Außen-, Innen-, Wirtschaftspolitik, über die Potenzen an strategischen Rohstoffen, die Streitkräfte, das Vorhandensein von Massenvernichtungswaffen, Erkenntnisse aus der Grundlagenforschung (vor allem in

solchen Bereichen, bei denen die USA unangenehme Überraschungen fürchtete), spezielle Rüstungsforschungen, Entwicklungen in der Energiepolitik etc. Und natürlich verlangte man auch Auskünfte über die Tätigkeit der Geheimdienste jener Länder.

Durch diese Liste, von unseren Kundschaftern besorgt, erhielten wir Kenntnis von den geheimen Informationsinteressen der USA an jedem einzelnen Land der Erde und wie diese bedient werden sollten. Wir hatten somit die Möglichkeit, darauf prophylaktisch zu reagieren und uns (und unsere Verbündeten) zielgerichtet vor den Angriffen der US-Geheimdienste zu schützen.

Darüber berichtete Oberst a. D. Klaus Eichner, Chefanalytiker der HV A, in seinem Buch »Imperium ohne Rätsel. Was bereits die DDR-Aufklärung über die NSA wusste«. Das wurde, wie üblich, als reine DDR-Propaganda und als »Rechtfertigungsschrift« abgetan – bis im Mai 2014 eine Podiumsdiskussion in den Räumen der Bundeszentrale für politische Bildung in Berlin stattfand. Daran nahm auch William Binney teil, der 32 Jahre lang bei der NSA unter anderem als Technischer Direktor gearbeitet hatte, ehe er nach Nine Eleven hinwarf. Ins Zentrum des Gespräches rückte bald jene »National SIGINT Requirements List«. Binney und andere Diskutanten bestätigten, dass dieses Arbeitsprogramm der US-Führung unverändert existiere und laufend aktualisiert werde. Und die Diskussion der Experten offenbarte ferner: Kern des Problems ist der Drang der Großmacht USA, ihren globalen Herrschaftsanspruch mit Hilfe ihrer Nachrichtendienste gegen Feind wie Freund durchzusetzen. Dieser Überzeugung war die DDR seinerzeit aus politischen Gründen – unsere Aufklärer brachten dafür fortgesetzt die Beweise.

Klaus Eichner, sonst in der Regel ausschließlich mit einer untergegangenen und geschmähten DDR-Institution in Verbindung gebracht, wurde nach dieser Gesprächsrunde in einem Hamburger Nachrichtenmagazin plötzlich als »ehemaliger DDR-Offizier« bezeichnet. Das war nicht falsch. Aber eben nur die halbe Wahrheit: Klaus Eichner war Offizier in der Hauptverwaltung Aufklärung des Ministeriums für Staatssicherheit, dem er von 1957 bis 1990 angehörte. Er wurde auf einmal als seriöser, kundiger Fachmann behandelt und als gleichberechtigter Gesprächspartner akzeptiert. Aber dass er Mitarbeiter des MfS war, das behielt man lieber für sich.

Dokumentendiebstahl

Im Juni 1990 waren alle US-Unterlagen mit Blaulicht und bewaffnetem Schutz der Volkspolizei zur Archivierung in die Normannenstraße, der einstigen MfS-Zentrale, gefahren worden. Darunter jene 13.088 Blatt, die zum Komplex NSRL von unseren Kundschaftern und ihren Quellen zusammengetragen worden waren. In den Abendstunden des 4. Oktober 1990 – am ersten Arbeitstag nach dem Ende der DDR – durchsuchte im Auftrag der Bundesanwaltschaft ein Spezialkommando des BKA mit vier Beamten und zwei Technikern das Archiv.

25 Jahre später berichteten verschiedene Quellen, darunter auch der *RBB* im Januar 2014, dass diese und andere Maßnahmen im Auftrage des seinerzeitigen Bundesinnenministers Wolfgang Schäuble erfolgt waren. Um die Berliner Polizei damit nicht zu belasten, sei der Bundesgrenzschutz mit der Besorgung bestimmter Akten beauftragt worden. Diese

wurden ungesichtet umgehend nach Übersee ausgeflogen, womit auch der Auftraggeber für diesen Diebstahl genannt war: die USA. Wie es im *Spiegel* 30/1999 dazu hieß: »Washington hatte ganz ordentlich Druck in Bonn gemacht – schließlich trugen etliche der Dokumente Stempel der höchsten amerikanischen Geheimhaltungsstufen Top Secret und Top Secret Umbra.« Den Grund für diesen Druck nannte das Nachrichtenmagazin auch: »Sie waren der Beweis dafür, wie ungeniert die Amerikaner (...) Spionage betrieben – auch gegen die Westdeutschen.«

Als die NSA-Akten das einstige MfS-Archiv verließen und in die USA ausgeflogen wurden, verschwanden sie auf Nimmerwiedersehen, wodurch es unmöglich gemacht wurde, schon damals den US-Amerikanern schwarz auf weiß zu beweisen, wie sie gegen die DDR und gegen die Bundesrepublik Deutschland in den 70er und 80er Jahren spioniert hatten. Die Spuren waren erfolgreich beseitigt worden.

So wie man seit einem Vierteljahrhundert eifrig dabei ist, die Spuren der Kundschafter zu eliminieren. Das wird aber nicht gelingen, solange es die Erinnerung gibt und Bücher. Sie dokumentieren die Arbeit, die Haltung und die Motive von Frauen und Männern, die sich dafür engagierten, dass Frieden blieb – indem sie für den Friedensstaat DDR kundschafteten, politische, wirtschaftliche, wissenschaftlich-technische, militärische und geheimdienstliche Institutionen des Klassengegners ausforschten, uns warnten oder halfen, unser Land und seine Verbündeten ökonomisch zu stärken, indem sie die Lücken schlossen, die der Gegner schlug, um uns zu schwächen. Markus Wolf (1923–2006), der die Hauptverwaltung Aufklärung aufbaute und sie bis 1986 erfolgreich führte, erklärte zu Recht in einem Interview: »Wir haben ja nicht gegen Feindbilder operiert. Wir hatten wirkliche Feinde.« Und das verziehen ihm diese Feinde bis an sein Lebensende nicht. Als er in den 90er Jahren, nach allen Verfahren und Verurteilungen, ein Visum für die USA beantragte, wurde es ihm mit der Begründung vom U.S. Department of State verweigert, er habe eine terroristische Vergangenheit. (»Markus Wolf Ineligible for U.S. Visa Due to Terrorist Activity«, Daily Press Briefing vom 9. Juni 1997)

Wir wussten es damals, als wir der DDR dienten, und wir können es heute nicht übersehen, weil wir es täglich in den Nachrichten zur Kenntnis nehmen müssen: Sie sind die Terroristen. Unsere Kundschafter, die Topspione im Westen, haben zu ihrer zeitweiligen Bändigung beigetragen. Darauf können alle friedliebenden Deutschen unverändert stolz sein.

Werner Großmann: Generaloberst a. D., seit 1952 Mitarbeiter des Außenpolitischen Nachrichtendienstes (APN), der späteren Hauptverwaltung Aufklärung des MfS, Chef der HV A von 1986 bis 1989, Stellvertretender Minister

Wolfgang Schwanitz: Generalleutnant a. D., Angehöriger des MfS seit 1951, von 1986 bis 1989 Stellvertretender Minister, danach Leiter des Amtes für Nationale Sicherheit und in dieser Funktion Mitglied des DDR-Ministerrates

Klaus Eichner, Gotthold Schramm (Hrsg.): Top-Spione im Westen. Spitzenquellen der DDR-Aufklärung erinnern sich. Das Neue Berlin, 2016, 400 Seiten, 18,99 Euro, ab 15. Februar 2016 wieder im Buchhandel

Das Jahrhundert der Spione

Klaus Eichner

„Das Wissen um die Zukunft kann man nicht von Göttern und Dämonen erlangen; man kann es auch nicht durch Nachahmungen oder Messungen und Berechnungen erwerben. Die Kenntnis des Gegners wird nur durch Menschen vermittelt. Es werden fünf Arten von Spionen verwandt: es gibt ortsansässige Spione; es gibt innere Spione; es gibt Spione des Todes; es gibt Spione des Lebens. Wenn alle fünf Arten von Spionen eingesetzt sind, kann niemand die geheimen Wege erfahren. Das wird das göttliche Geheimnis genannt. Es ist der kostbarste Besitz des Herrschers.

Die Arbeit der Spione muss der Herrscher persönlich leiten. Die zurückkehrenden Spione ermöglichen die Kenntnis des Gegners; darum verhalte dich ihnen gegenüber besonders großzügig.“

Sun Tzu, 4. Jhdt. v. Chr.

Krieg und Frieden

Noch immer wird die Frage heftig diskutiert, ob und inwieweit die Geheimdienste – zumindest bis zum Ende der Blockkonfrontation – zur Sicherung des Friedens beigetragen haben.

Aufklärungsergebnisse über die Pläne und Absichten sowie die Stärken der Gegenseite trugen in verschiedenen Phasen der Ost-West-Auseinandersetzung dazu bei, die Falken auf beiden Seiten zu beschwichtigen und ihren Einfluss zurückzudrängen. Dabei waren Geheimdienst-Informationen – soweit sie von den politischen Entscheidungsträgern zur Kenntnis genommen wurden – nur ein Teil umfassender Maßnahmen des Krisenmanagements. So führten die gesicherten Erkenntnisse des Warschauer Vertrages über Entwicklungen in der Militärdoktrin der NATO dazu, dass im Mai 1987 auch die Militärdoktrin des Warschauer Vertrages entscheidend verändert wurde. Die ursprünglich stark offensive Doktrin, den Gegner auf seinem eigenen Territorium vernichtend schlagen, wurde durch eine „Defensivstrategie“ ersetzt, die berücksichtigte, dass selbst ein konventioneller Krieg in Europa in den Auswirkungen einem Kernwaffenkrieg gleichkäme und deshalb nicht führbar sei. Eine bedeutsame Funktion hatte die Spionage für die Verhinderung des Überraschungsmomentes – nach westlicher Terminologie: „Indications and Warning“. Diese Aufgabenstellung umfasste jedoch nicht nur die Aufklärung der gedeckten Vorbereitung eines Angriffs, sie orientierte auch auf das rechtzeitige Erkennen möglicher Qualitätssprünge zum Beispiel im wissenschaftlich-technischen Bereich, die der anderen Seite eine monopolartige Überlegenheit hätte sichern können. So diente auch die geheimdienstliche Absicherung und Durchsetzung der COCOM-Bestimmungen (Verhinderung des Technologietransfers in die östlichen Länder) dazu, der östlichen Seite bestimmte qualitative Fortschritte in der Entwicklung der modernen Produktivkräfte vorzuenthalten und sie damit auf entscheidenden Gebieten von der internationalen Arbeitsteilung auszuschließen.

Spionageoperationen mit weltpolitischen Auswirkungen

Dr. Richard Sorge, Funksprüche der Gruppe RAMSAY aus Tokio

Richard Sorge, 1895 bei Baku als Sohn des deutschen Ingenieurs Wilhelm Sorge und dessen russischer Frau geboren, ging im Auftrag der Hauptverwaltung für Aufklärung (GRU) der Roten Armee Anfang 1930 nach Shanghai und war dann offiziell als deutscher Journalist in Japan tätig.

Am 6. September 1941 beschloss die kaiserliche Konferenz in Tokio im kleinsten Kreis, den Krieg gegen die USA, England und die Niederlande zu beginnen. Sorges Analyse besagte, dass die japanische Armee nicht in der Lage ist, an zwei Fronten zu kämpfen, und die geostrategischen Interessen Japans zumindest im Augenblick auf den Südpazifik gerichtet sind. So konnte er am 14. September nach Moskau funken, dass die japanische Regierung die UdSSR nicht angreifen wird, der Ferne Osten der Sowjetunion damit sicher sein. Dadurch konnte die sowjetische Militärführung gut ausgeruhte und ausgerüstete Divisionen des Fernöstlichen Militärbezirks nach Moskau entsenden, die dazu beitrugen, die Schlacht vor Moskau zu entscheiden. Das war auch das Ende der Blitzkriegsstrategie der faschistischen Wehrmacht.

Der britische Geheimdiensthistoriker Phillip Knightley schreibt dazu:

„Das war der größte Dienst, den Sorges Ring der Sowjetunion leistete, aber er lag in der Grauzone zwischen politischem Einfluss (Ozakis Rolle im Kabinett des Ministerpräsidenten) und Spionage. Man kann argumentieren, Sorges Funkspruch sei nur eine Zusammenfassung dessen, was er und Ozaki bereits geschafft hatten – sie hatten die japanischen Entscheidungen gegen einen Angriff auf die Sowjetunion beeinflusst. Sorge selbst glaubte ohne Zweifel, dass der politische Einfluss seines Ringes wichtiger sei als seine Spionagetätigkeit.“ (aus: Phillip Knightley: Die Geschichte der Spionage im 20. Jahrhundert Verlag Volk und Welt, Berlin, 1990; S. 188)

Das Beispiel der Gruppe Ramsay zeigt, insbesondere im Verhältnis zwischen Sorge und Ozaki: Eine genaue und zeitnahe Einsicht in die Absichten und Entscheidungsgründe potentieller Gegner erhalte ich nur, wenn ich zuverlässige Quellen im Umkreis der Entscheidungsträger nutzen kann. Diese Quellen sind dann in der Regel so platziert, dass sie nicht nur schlechthin Informationen beschaffen, sondern durch geschicktes Agieren die politischen Entscheidungen auch im Sinne ihrer Auftraggeber beeinflussen können.

Klaus Fuchs, Soldat im Krieg für den Frieden

Die Vereinigten Staaten betrachteten ihr Monopol über die Entwicklung der Atombombe als eine entscheidende Waffe in dem mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges einsetzenden Kalten Krieg. Sie hofften, mit dem Besitz der Atombombe ein wirksames Drohpotential gegenüber der UdSSR und der mit dem Sieg über den Faschismus erstarkenden kommunistischen Bewegung aufbauen und aufrechterhalten zu können.

Die Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki waren für den Sieg über Japan ohne strategische Bedeutung, aber sie waren eine Machtdemonstration der USA und eine menschenfeindliche Drohgebärde gegenüber ihrem Alliierten, der Sowjetunion.

Deshalb waren für die sowjetische Führung die forcierten eigenen Entwicklungsarbeiten und die Aufklärung des Standes der anglo-amerikanischen Entwicklung der Kernwaffen von höchster Priorität.

Eine zentrale Rolle kam dabei den deutschen Physiker Klaus Fuchs zu, der als „Atomspion“ in die Geschichte eingehen sollte. Im Wissen über die Notwendigkeit, die Sowjetunion beim Wettlauf um die „Superbombe“ zu unterstützen, wandte sich Klaus Fuchs im Spätherbst 1941 – die faschistische Wehrmacht stieß auf Moskau vor – an die sowjetische Botschaft in London – und bot seine Hilfe an.

Ende 1943 holte ihn Robert Oppenheimer, Chef des „Manhattan-Projektes“ zur Entwicklung und zum Bau der Atombombe, in die USA und ab Mitte August 1944 nach Los Alamos. Im Juni 1946 wurde Klaus Fuchs dann Mitarbeiter am britischen Kernenergieforschungszentrum in Harwell (Oxfordshire) und leitete die Abteilung für Theoretische Physik.

Klaus Fuchs unterrichtete die Sowjetunion über seine eigenen Forschungsergebnisse und den Stand der Entwicklung der Atombombe in den USA und Großbritannien. Damit bestätigte er den sowjetischen Wissenschaftlern, dass ihre Forschungen in die richtige Richtung gingen und ersparte ihnen zeit- und materialaufwändige Umwege. Am 29. August 1949 zündete die Sowjetunion ihre erste Atombombe. Mit Hilfe von Klaus Fuchs hatte sie den amerikanischen Vorsprung aufgeholt und das atomare Patt oder auch das „Gleichgewicht des Schreckens“ zwischen den Großmächten hergestellt. Damit wurde auch die längste Friedensperiode in Europa eingeleitet. Der Kalte Krieg wurde, bei allen zeitweiligen Turbulenzen, nicht zum heißen Kernwaffenkrieg. Der Menschheit blieb ihre mögliche Selbstvernichtung erspart. Das Ereignis war zugleich eine der größten Niederlagen der US-Geheimdienste in dieser Periode. Sie hatten der amerikanischen Regierung Mitte der 40er Jahre überzeugend versichert, dass die erste russische Atombombe erst in zehn bis zwanzig Jahren, gewiss nicht früher als 1953 bis 1955, fertig gestellt sei. Experten bezeichnen das als die „größte Fehleinschätzung“ des Kalten Krieges.

Operationen Ultra und Magic

Die auf der Grundlage der wissenschaftlichen Arbeit polnischer Mathematiker durch britische, französische und US-amerikanische Spezialisten ermöglichte Entschlüsselung großer Teile des militärischen, geheimdienstlichen (Amt Abwehr/Ausland) und polizeilichen (bzw. SS-) Funkverkehrs Nazideutschlands war einer der bedeutendsten Einbrüche in die Kommunikation eines Gegners und bisher in der Militärgeschichte unvergleichlich. Den Spezialisten im Bletchley Park war es gelungen, die Arbeitsweise der deutschen Verschlüsselungsmaschine ENIGMA aufzuklären und Grundlagen für eine Decodierung der Tagesschlüssel der Maschine zu schaffen. Parallel dazu gelang es auch andere Chiffrierkomplexe zu entschlüsseln. Der Gesamtkomplex dieser Maßnahmen – von der Arbeit der Horchstellen zur Erfassung der Funkverkehre über die eigentliche Entschlüsselung bis hin zum streng konspirativ organisierten Verteiler an die politischen und militärischen Spitzengremien – trug die Deckbezeichnung ULTRA. Parallele Operationen erfolgten gegen die japanischen militärischen und diplomatischen Funkverkehre unter der Deckbezeichnung MAGIC.

Historiker streiten noch immer, ob oder bis zu welchem Grade die Verwertung der entschlüsselten Funksprüche kriegsentscheidenden Charakter trugen. Klar ist jedoch, dass nicht wenige Kampfhandlungen der westlichen Alliierten durch die taktisch kluge Verwertung der gewonnenen Erkenntnisse über Planungen und Dislozierungen der gegnerischen Verbände beeinflusst wurden. Eine besondere Bedeutung besaß ULTRA für den Schutz der alliierten Schiffskonvois und zur Aufklärung der U-Bootoperationen der Deutschen Kriegsmarine.

Aber der Funkbeobachtungs-Dienst der faschistischen Kriegsmarine soll parallel dazu in der Lage gewesen sein, den Funkverkehr der britischen Schiffskonvois zu entschlüsseln, so dass auf diesem Gebiet wahrhaftig ein „Krieg im Dunkeln“ stattfand. Der Sieger stand niemals fest, die Verlierer waren die Seeleute auf beiden Seiten. Andererseits zeigte die von Hitler angeordnete Funkstille vor der Ardennenoffensive der deutschen Wehrmacht, wie relativ einfach eine einseitige Orientierung auf nur einen Informationskanal auch zur militärischen Katastrophe führen konnte.

Möglicherweise ist der Historikerstreit müßig, ob und wie die sowjetische Seite an den Erkenntnissen von ULTRA beteiligt wurde. Der sowjetische militärische Geheimdienst hatte eine Quelle im Bletchley Park, John Cairncross, der seinem Londoner Kontaktmann regelmäßig die entschlüsselten Funksprüche, vor allem mit Bezug zur sowjetischen Front übergab. Diese Quelle wird den sowjetischen Geheimdienst auch alle notwendigen Informationen über das ULTRA-System übergeben haben.

Nach der Psychologie der Geheimdienstarbeit war das der überzeugendere Weg, da die Informationen von einem eigenen Agenten kamen. Hätte Churchill gleiche Informationen auf offiziellen Kanälen an Stalin übergeben, hätte dieser vor allem einen Trick, eine Täuschung seines „Partners in Widerstreit“ vermutet. Stalin traute Churchill niemals über den Weg.

Antifaschistischer Widerstand und Spionage

Im antifaschistischen Widerstand während des Zweiten Weltkrieges kam es zu einer spezifischen Verschmelzung zwischen Aufklärungsoperationen, politischen Widerstandshandlungen und bewaffneten Aktionen (z.B. der Resistance und der Partisanenbewegungen).

Die Rote Kapelle

Charakteristisch dafür waren die verschiedenen Gruppen der sogenannten Roten Kapelle (ursprünglich stammt die Bezeichnung von der Gestapo) in mehreren europäischen Ländern.

Sie können weder einseitig nur als Spionagenetze der sowjetischen Militäraufklärung definiert noch kann ihre Bedeutung bei der Beschaffung militärischer, politischer und wirtschaftlicher Spitzeninformationen über das faschistische Deutschland negiert werden. Nicht umsonst waren diese Gruppen mit entsprechenden Funkgeräten ausgerüstet.

Die Gruppen der Roten Kapelle hatten teilweise hervorragende Quellen in Führungsbereichen Deutschlands. Das führte dazu, dass der frühere Chef des

Wehrmachtsgeheimdienstes Fremde Heere Ost, Reinhard Gehlen – später Gründer und Präsident des Bundesnachrichtendienstes der BRD – bis zuletzt paranoide Befürchtungen hatte, in den Führungsspitzen der Bundesrepublik könnten immer noch Quellen der Roten Kapelle sitzen. Er unterhielt deshalb in der BND Zentrale einen kleinen internen Stab zur Sammlung und Analyse entsprechender Hinweise.

Deutsche Antifaschisten im Aufklärungseinsatz für die USA

Eine gewiss nicht kriegsentscheidende, aber außergewöhnliche nachrichtendienstliche Operation war der Kundschaftereinsatz deutscher Antifaschisten im Auftrag des Büros für strategische Dienste (Office of Strategic Service – OSS) Anfang 1945 in Deutschland.

Im Spätsommer 1944 hatten die westlichen Alliierten festgestellt, dass sie Informationen über die Lage in Deutschland – über Truppenbewegungen, Wehrmachtsstandorte, Rüstungsproduktion und Ressourcen, über die Stimmung in der Bevölkerung etc.- benötigten. Dazu sollten Kundschafter in Deutschland abgesetzt werden. Der Abteilungsleiter in der OSS-Station in London, Arthur Goldberg, hatte OSS-Chef William Donovan davon überzeugt, dass für solche „Himmelfahrtkommandos“ geeignete Kandidaten nur unter den entschiedensten Nazigegegnern zu finden seien – und das war die Freie Deutsche Bewegung in Großbritannien. Die Bewegung war maßgeblich von kommunistischen Emigranten gegründet worden, in ihr wirkten aber auch christliche und konservative Kreise mit. Der mit der Suche nach geeigneten Kandidaten beauftragte Leutnant Joseph Gould kam in Kontakt mit Jürgen Kuczynski und über diesen mit dem Leitungsmitglied der KPD-Organisation in Großbritannien, Erich Henschke.

Die Zusammenarbeit mit dem amerikanischen Nachrichtendienst OSS war von Anfang an mit Moskau abgestimmt. Aber es war keine Operation des sowjetischen Nachrichtendienstes zur Anschleusung von Agenten mit dem Ziel der Aufklärung des OSS, wie der SPIEGEL im Jahre 2004 behauptete.

Drei der sieben Kundschafter nahmen später in der DDR verantwortliche Funktionen wahr. Nach langen Verzögerungen verlieh der Präsident der USA den Antifaschisten Anton Ruh und Paul Lindner 2006 Postum eine der höchsten militärischen Auszeichnungen der USA, den „Silver Star“.

Bewaffnete Operationen

Bewaffnete Sabotageaktionen spielten ursprünglich vor allem in Vorbereitung und als Auslöser von Kriegen eine Rolle, etwa beim Überfall auf den Sender Gleiwitz. In den unmittelbaren Nachkriegsjahren setzten die Geheimdienste der Westalliierten eine Vielzahl von Diversantengruppen in der Sowjetunion und den jungen Volksdemokratien ein. Sie wurden mit Schnellbooten der deutschen Kriegsmarine an den Ostseeküsten vor allem der baltischen Sowjetrepubliken und Polens oder in Gruppen als Fallschirmagenten abgesetzt. Oftmals gelang es, sie aufgrund von Informationen der in den Operationsbasen oder in den Einsatzgruppen selbst tätigen Agenten dieser Länder schon bei der Landung abzufangen.

Wie ein roter Faden zieht sich durch die Geschichte der westlichen Dienste die Vorbereitung, Unterstützung und praktische Inszenierung von Staatsstreich und Militärputschen gegen mißliebige Regierungen in der ganzen Welt. Die Palette reicht vom Iran (1953) über Guatemala (1954), Brasilien (1964) bis Chile (1973). Sie mündet in Mordanschläge gegen demokratisch gewählte Repräsentanten souveräner Staaten: der gegen Patrice Lumumba im Kongo ist geglückt; die zahlreichen gegen Fidel Castro geplanten sind bis dato sämtlich gescheitert.

Nicht zu vergessen die aktive Ausbildung, Ausrüstung und Unterstützung von Todesschwadronen und anderen Terrorkommandos, die in Vietnam, Nikaragua, Haiti oder El Salvador Tausende Menschen ermordeten.

Westliche Geheimdienste, auch und nicht zuletzt der Bundesnachrichtendienst (BND), unterhalten seit Jahrzehnten enge „Partnerdienst-Beziehungen“ zu Geheimdiensten von Terror- und Folterregimes.

Am 10. Juli 1985 sprengte eine Einsatzgruppe des französischen Geheimdienstes im Hafen von Auckland/Neuseeland das Greenpeace-Schiff „Rainbow Warrior“. Dabei kam ein Fotograf ums Leben. Der für diesen Terroranschlag verantwortliche General Jean-Claude Lesquer wurde zehn Jahre später zum „Großoffizier der Ehrenlegion“, dem zweithöchsten Orden Frankreichs ernannt.

Überläufer, Agenten, Doppelagenten

Die Gewinnung interner Informationen aus den Zentren der gegnerischen Geheimdienste wird im allgemeinen als die „Krone der nachrichtendienstlichen Arbeit“ bezeichnet. Während die westliche Seite dieses interne Wissen fast ausschließlich durch Überläufer (Defektoren) geliefert bekam, gelang es den östlichen Geheimdiensten vielfach, Agenten in sensiblen Positionen der westlichen Geheimdienste zu werben bzw. sie dort einzuschleusen und diese über längere Zeit zu führen. Damit konnten überaus wertvolle Informationen kontinuierlich beschafft und somit oft subversive Angriffe schon im Anfangsstadium erkannt und zum eigenen Nutzen umfunktioniert oder zumindest paralytisch werden.

Der Nachteil des Überläufers ist, dass er ein Augenblicksbild zum Zeitpunkt seines Verrats liefert. Aber der Verrat bleibt nicht verborgen, gefährdete Agenten können gewarnt werden. Wenn dann alle Aussagen des Überläufers ausgewertet sind, haben sie noch eine weitere Funktion: Sie dienen als Werkzeug der Desinformation, denn ihre publizierten Erinnerungen sind Auftragswerke der Geheimdienste.

Aber auch die Überläufer richteten schweren Schaden bei den östlichen Diensten an. Am 5. September 1945 bot der Leiter der Chiffrierabteilung in der sowjetischen Botschaft in Ottawa, Igor Guseenko, den kanadischen Behörden Informationen über die Organisation der sowjetischen Spionage an. Im Mittelpunkt standen die Aufklärung der Entwicklung der Atombombe und das System der sowjetischen Chiffriertätigkeit. Auf der Grundlage dieser Erkenntnisse waren die amerikanischen Dienste in der Lage, die in den Jahren 1944/45 aufgefangenen Funksprüche sowjetischer Einrichtungen in den USA und Kanada zu dechiffrieren. Die Operation VENONA (bzw. BRIDE in Großbritannien) nahm ihren verhängnisvollen Verlauf. Aber die Ironie der Geheimdienstgeschichte schlug auch hier zu. Im September 1949 wurde der

langjährige sowjetische Kundschafter Kim Philby Verbindungsoffizier der britischen Geheimdienste in Washington – und er war aktiv in den Informationsaustausch der VENONA/BRIDE-Materialien involviert. Damit war Moskau genauestens informiert, konnte aber zurückliegende Informationen nicht ungeschehen machen.

Zu den schwerwiegenden Verratsfällen auf der östlichen Seite gehörten Oberst Oleg Penkowskij (leitender Mitarbeiter der Militäraufklärung der UdSSR – GRU), Oleg Gordiewsky (Mitarbeiter der Auslandsaufklärung des KGB; zuletzt Resident des KGB in London, 1985 Flucht nach Großbritannien) und Werner Stiller (Oberleutnant im Sektor Wissenschaft und Technik der Hauptverwaltung A der DDR, 1979 zum BND übergelaufen).

Andererseits waren viele bedeutende Quellen der östlichen Geheimdienste in den westlichen Diensten vorwiegend in den Arbeitsbereichen der Spionageabwehr gegen die sowjetischen Dienste platziert.

Kim Philby war in der Abteilung Abwehr der Sowjetspionage im Secret Intelligence Service (SIS) tätig und übernahm 1944 die Leitung dieser Abteilung. Damit konnte die Sowjetunion auch in der Nachkriegsphase alle Aktionen der britischen Spionageabwehr gegen die sowjetische Spionage und viele britische und amerikanische offensive Spionageoperationen frühzeitig erkennen..

Weitere Top-Quellen der sowjetischen Aufklärung in der gegnerischen Spionageabwehr waren z.B. Heinz Felfe als Leiter der Abwehr der sowjetischen Spionage im BND, der von 1951 bis zur Verhaftung 1961 für den KGB tätig war und in seiner Position zum Schutz der sowjetischen Kundschafter beitrug.

Aldrich Ames war in der CIA Referatsleiter Gegenspionage Sowjetunion und hatte von 1985 bis zur Enttarnung 1994 für den sowjetischen bzw. russischen Geheimdienst gearbeitet. Ihm wird vorgeworfen, mindestens zehn hochrangige Quellen der CIA in der Sowjetunion verraten haben.

Fünfzehn Jahre lang hatte der Mitarbeiter der Spionageabwehr im FBI, Robert Hanssen, als Agent für den sowjetisch/russischen Geheimdienst gearbeitet, ehe er im Jahre 2001 enttarnt wurde. Nach Ansicht des FBI hat Hanssen zumindest zwei sowjetisch/russische Doppelagenten identifiziert, die in Moskau hingerichtet wurden. Auch die HVA der DDR hatte mit Klaus Kuron, verantwortlich für Doppelagenten-Operationen des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) gegen die DDR, Quellen in der Spionageabwehr der Landesämter für Verfassungsschutz oder dem Überläufer Hans-Joachim Tiedge, Referatsgruppenleiter DDR-Spionage im BfV, wichtige Positionen zur Sicherung ihrer eigenen Aufklärungstätigkeit.

Fälschungen und Desinformationen

Täuschungen und geschickte Lancierung von Desinformationen gehörten im heißen und im Kalten Krieg zum Repertoire der Geheimdiensttätigkeit.

Operation BODYGUARD

Eines der klassischen Beispiele für eine großangelegte Operation mit nachhaltigem Erfolg waren die Täuschungsoperationen der britischen und amerikanischen Geheimdienst-Experten bei der Vorbereitung und Absicherung der Invasion in der

Normandie im Juni 1944. Die Gesamtoperation lief unter der Bezeichnung BODYGUARD. Die Wahl dieses Decknamens soll auf einem Bonmot von Churchill beruht haben: die Wahrheit sei im Krieg so wertvoll, dass sie durch einen Wall von Lügen als Bodyguards geschützt werden müsse.

Diese Operation umfasste u.a. die Nutzung zumindest des Hauptteiles der deutschen Agenten in Großbritannien, die enttarnt und zur Doppelagententätigkeit überwoben worden waren. Weiterhin die Auswahl und den Aufbau einer „Schattenarmee“ unter General Patton mit fingierten Einheiten, einer Vielzahl von Attrappen von Militärtechnik und Unterkünften sowie fiktive Funkverkehre dieser vorgetäuschten Einheiten und ihrer Stäbe. All dies diente als militärische Camouflage für die gegnerische Aufklärung, einschließlich für nichterkannte oder durchreisende Aufklärer der anderen Seite. Umgekehrt erforderte das eine konsequente Tarnung der für die eigentliche Operation OVERLORD vorgesehenen Kampftruppen, ihrer Ausrüstungen und Meldewege.

Operation GOLD

Österreichs Hauptstadt Wien war neben Westberlin nach Kriegsende der bedeutendste Dreh- und Angelpunkt der Ost-West-Spionage. Der britische Geheimdienst SIS hatte in Wien erste positive Erfahrungen bei komplexen Maßnahmen der technischen Spionage gesammelt. Er zapfte mehrere Kabelverbindungen des sowjetischen Hauptquartiers in Wien an und erlangte aus diesen unter der Deckbezeichnung SILBER laufenden Maßnahmen einen ständig wachsenden kontinuierlichen Strom von Informationen über die Sowjetarmee.

Nachdem der Initiator dieser Maßnahmen, der SIS-Mitarbeiter Peter Lunn, als Resident nach Westberlin versetzt worden war, wollte er dort ähnliche Erfolge erreichen. Die Analyse des SIS – sie beruhte auf den Angaben mehrerer CIA-Agenten im Fernmeldewesen der DDR – ergab, dass die günstigsten Angriffsmöglichkeiten gegen mehrere Kabelverbindungen des sowjetischen Hauptquartiers im Grenzbereich zu Berlin-Altglienicke vorlagen.

Mit dem technischen Know-how der Engländer und den Dollars der Amerikaner wurde die Operation GOLD, später bekannt als der „Spionagetunnel von Altglienicke“ realisiert. Was weder der SIS noch die CIA ahnen konnten, die sowjetischen Sicherheitsorgane waren vom ersten Spatenstich an durch ihren Kundschafter George Blake über dieses Projekt informiert. Aber erst am 24. April 1956 brachten die Tageszeitungen die Berichte und Fotos von der Enttarnung.

Über das Vorgehen der sowjetischen Sicherheitsorgane schrieb George Blake: „Doch diese hatten die ‚Entdeckung‘ des Tunnels so geschickt inszeniert, dass SIS und CIA bei der nachfolgenden Untersuchung der Umstände des Zusammenbruchs der Operation zu dem Schluß kamen, es seien rein technische Gründe dafür verantwortlich gewesen und nicht etwa eine Schwachstelle im eigenen Apparat. Das KGB hatte clever gehandelt. Man hatte solange abgewartet, bis an einem Kabel ein tatsächlicher Schaden entstanden war, der von Nachrichtenkräften inspiziert werden musste. Dabei entdeckten sie dann offenbar zufällig die Anzapfung. Und da die Amerikaner die Kabel ebenfalls kontrollierten, wußten sie von dem Schaden und mußten die sowjetische

Aktion für absolut logisch halten.“ (George Blake: Keine andere Wahl; edition q, Berlin 1995; S. 246)

Damit hatten die sowjetischen Organe eine ihrer brilliantesten Desinformationsmaßnahmen zum Schutz ihrer wertvollen Quelle im SIS realisiert. Es gehörte bestimmt viel operatives Geschick dazu, die sowjetischen Militärs verschiedener Ebenen indirekt zu veranlassen, über bestimmte Telefonverbindungen wichtige geheimzuhaltende Inhalte nicht mehr auszutauschen, ohne die Maßnahme in den eigenen Reihen zu dekonspirieren und ohne die Auswerter der westlichen Seite durch eine substantielle Änderung der Informationsinhalte aufmerksam zu machen. Immerhin beschäftigten die angefallenen Rohinformationen die Auswerter der CIA noch bis ca. 1958. Der Informationsgehalt dürfte unter diesen Bedingungen jedoch sehr gering gewesen sein. Daraus gewonnene Erkenntnisse über Fortschritte in den sowjetischen Raketenprogrammen sowie darüber, dass die Sowjetunion keinen Angriff auf Westeuropa vorbereitete, dürften ganz im Interesse der sowjetischen Politik gelegen haben.

neues deutschland Sonnabend/Sonntag, 19./20. September 2015

Retourkutschen sind tückisch

Rainer Rupp über »Able Archer«, seine Arbeit im NATO-Headquarter, den Syrien-Krieg und den Konflikt mit Russland

Er war Anfang der 1990er Jahre der meistgesuchte Mann, der damalige Bundesanwalt sprach von der »größten Suchaktion der Dienste in der Nachkriegszeit«. **Rainer Rupp**, der unter dem Decknamen »Topas« für die HVA der DDR hochbrisante Informationen aus dem Hauptquartier der NATO in Brüssel lieferte, wurde 1993 verhaftet und vom Landesgericht Düsseldorf zu zwölf Jahren Haft verurteilt; er kam im Jahr 2000 frei. Mit dem Superspion, der am kommenden Montag 70 wird, sprach **Karlen Vesper**.

Herr Rupp, drohte 1983 wirklich ein Dritter Weltkrieg? Und waren Sie es tatsächlich, der ihn verhinderte?

Das habe ich nie gesagt, und werde ich auch nie behaupten. Ich kann dazu nur andere zitieren. Milton Bearden, ehemaliger Chef der CIA-Abteilung für die Sowjetunion und Osteuropa, ist davon überzeugt und äußerte dies auch öffentlich auf einer Internationalen Spionagekonferenz. Auch Benjamin Fisher, langjähriger Mitarbeiter und Chefhistoriker des CIA, ist dieser Ansicht. Ebenso würdigte Vojtech Mastny, Professor für Strategie an der Kriegsakademie der US-Marine, in »Did East German Spies Prevent a Nuclear War?« meine Rolle in der Krise 1983. Und Wladimir Krjutschkow, der KGB-Chef in jener kritischen Zeit, hat 2005 in einem Interview mit einem deutschen Fernsehsender speziell meinen Beitrag herausgestellt, dass der Konflikt 1983 nicht eskalierte und explodierte.

Wie kam es dazu, dass die Welt damals wieder – wie in der Kuba-Krise 1962 – am Rande eines Nuklearkrieges stand?

Vom 7. bis 11. November 1983 gab es eine europaweite NATO-Kommandostabsübung, die einen Atomkrieg simulierte: »Able Archer«, was »tüchtiger Bogenschütze« heißt. Ich saß damals im Nervenzentrum der NATO, war Leiter der laufenden nachrichtendienstlichen Gruppe, der Current Intelligence Group. Hier kamen die Informationen über die Lage des Feindes und der eigenen zusammen. Sie wurden täglich ausgewertet und auf Probleme verdichtet, die dann an die NATO-Kommandostellen, die Regierungen und Geheimdienste der NATO-Staaten geschickt wurden. In Krisenzeiten beziehungsweise zur Zeit von Stabsmanövern, in denen wir den nuklearen Erstschlag planten ...

»Wir« – aus Ihrem Munde?

Entsprechend meiner damaligen Identität im NATO-Hauptquartier. Jedenfalls hatte ich als Chef der Current Intelligence Group alle Top-Secret-Informationen »at my fingertips«, wie man sagt. Die Sowjets waren fest davon überzeugt, dass »Able Archer« nur der Deckmantel für einen echten Nuklearschlag sei. Sie glaubten, aus diesem Manöver heraus solle ein Enthauptungsschlag gegen Kommando-, Kontroll- und Kommunikationszentren der sowjetischen Armee, des Staatsapparates und des Parteiapparates erfolgen – und zwar mit Hilfe der neuen supermodernen und punktgenau treffenden taktischen Atomraketen, Pershing II und Cruise Missiles, bei denen man eine Vorwarnzeit von nur fünf bis maximal acht

Minuten hatte. Mit diesen Raketen hoffte die Verbrecherbande im Pentagon die Sowjetarmee zu enthaupten, so dass sie – ein Zitat, das ich selbst vernommen habe – »wie ein Huhn mit abgeschlagenem Kopf über den Bauernhof läuft«.

Die sowjetische Befürchtung schien begründet: Im März 1983 nannte US-Präsident Ronald Reagan die Sowjetunion ein »Reich des Bösen« und verkündete den Beginn des Raketenabwehrprogramms SDI.

Ich stellte aber als Chef der Current Intelligence Group fest, dass die Furcht vor einem Nuklearschlag unbegründet war. Nichts deutete in meinen Unterlagen darauf hin. Das machte die NATO nicht friedfertiger, war aber in dieser konkreten Situation wichtig zu wissen. Um die Sorgen der Sowjets zu zerstreuen, habe ich alle Dokumente abgelichtet und in die DDR geschickt. Und da man schon ein entsprechendes Vertrauen in die Quelle hatte, ließ Moskau schließlich die Option eines zuvorkommenden Gegenschlages fallen.

In Hinblick auf die neuen Kriege und die sich zuspitzende Konfrontation zwischen den USA und Russland –droht heute ein Dritter Weltkrieg?

Ich glaube nicht, dass ein Dritter Weltkrieg jetzt unmittelbar droht. Der syrische Funke kann aber ganz schnell auf die Ukraine überspringen. In US-amerikanischen Medien und Talkrunden wurde vor Jahresfrist ganz offen an die Moskauer Adresse geäußert: »Die Krise in der Ukraine ist die Retourkutsche für Syrien.« Weil Wladimir Putin und sein Außenminister Sergej Lawrow vor zwei Jahren den US-Neokonservativen ihren Krieg gegen Assad vereitelt haben. Das war im Kontext der angeblich von Damaskus befohlenen Giftgasangriffe, was defakt war. Man hat diese Baschar al-Assad in die Schuhe geschoben, um Obama in den Krieg zu drängen. Putin und Lawrow haben das verhindert, als sie sagten: »Die chemischen Waffen kriegen wir aus Syrien raus, ohne dass ihr Krieg führt.«

Droht ein Flächenbrand?

Dieser drohte schon vor zwei Jahren, als amerikanische und russische Kriegsschiffe vor der syrischen Küste auf Sichtweite aneinander vorbei kreuzten und die Amerikaner, Briten und Franzosen einen Bombenkrieg gegen Syrien vorbereiteten. Ein russisches Kriegsschiff hätte einen über syrischen Hoheitsgewässern befindlichen Bomber abschießen oder zumindest dessen Flugkoordinaten an die syrischen Flugabwehrgeschütze weiterleiten können. Man kann davon ausgehen, dass die Russen und Syrier ihre Systeme längst koordiniert haben. Es bestand also schon einmal eine hochgefährliche Situation. Retourkutschen nach dem Motto: »Wenn ihr uns ärgert, zünden wir mal wieder ein Feuerchen vor eurer Haustür an« sind tückisch. Deshalb hat Lawrow den US-amerikanischen Außenminister John Kerry erneut angemahnt, er möge doch mal den Experten beiderseits, den russischen und amerikanischen Militärs, die Möglichkeit geben, miteinander zu reden. Washington sabotiert dies seit Jahren.

Die strategische Partnerschaft der NATO mit Russland ist obsolet. War sie vielleicht gar nicht gewollt?

Die war von Anfang an unehrlich. Man braucht sich nur die Agenden anzuschauen. Worüber hat man sich auf diesen Treffen unterhalten? Lächerlich – über Pensionszahlungen für Soldaten wie die berechnet werden. Da war keinerlei ernsthaftes Bemühen, sich besser kennenzulernen oder einen gemeinsamen Nenner in der Einschätzung der geostrategischen Lagen zu finden. Vielleicht war sie von einigen Deutschen ernst gemeint.

Egon Bahr zum Beispiel.

Ja. Vielleicht sogar von einigen deutschen Militärs.

Ist es nicht auch eine Retourkutsche, wenn Putin einen zweiten Marinestützpunkt an der syrischen Küste aufmachen will?

Das ist seine einzige Option, wenn er verhindern will, dass in Syrien ein Szenario wie in Libyen abläuft. Bis jetzt haben die Amerikaner IS gar nicht richtig bombardiert. Das ist selbst den amerikanischen Medien aufgefallen. Da gab es Anfragen ans Weiße Haus und ans Pentagon. Die faule Antwort lautete: Es sei extrem schwierig, die IS-Truppen und Stützpunkte zu identifizieren. Und zweitens sei man darauf bedacht, dass keine Zivilisten zu Schaden kommen. Da kann ich nur staunen: Als ob die USA in all ihren Kriegen je Rücksicht auf Zivilisten genommen hätten!

Siehe auch US-Drohnenangriffe auf Afghanistan und Pakistan.

Absolut richtig. Der eigentliche Grund für das vom Westen im Verein mit der Türkei, Saudi Arabien und Katar in Syrien veranstaltete Blutbad hat weder etwas mit Demokratie noch religiösen Fanatikern noch mit Menschenrechten zu tun. Ein Blick in Fachzeitschriften der Öl- und Gasindustrie hätte schon vor Jahren über die tatsächlichen Hintergründe des vom Westen und den Golfmonarchien angezettelten Konflikts in Syrien aufgeklärt. Aber unsere Politiker und Mainstream-Medien haben diese Informationen lieber sofort im Gedächtnisloch entsorgt. Denn wenn die Wahrheit bekannt würde, würde die angebliche humanitäre und demokratische Sorge des Westens um Syrien sofort als höchst kriminelle und mörderische Operation entlarvt. In den USA dagegen scheut man sich nicht, offener über die eigentlichen Kriegsgründe in Syrien zu reden. Im »US-Armed Forces Journal« war am 21. März 2014 ein Artikel unter der Überschrift »Wenn man nicht von Erdgas spricht, kann man den Konflikt nicht verstehen« zu lesen, in dem es gleich im ersten Absatz hieß: »Ein Großteil der Berichterstattung in den Medien legt nahe, dass es sich bei dem Konflikt in Syrien um einen Bürgerkrieg handelt, in dem das alawitische (shiitische) Bashar al Assad-Regime sich gegen sunnitische Rebellengruppen verteidigt, wobei beide Seiten auch Gräueltaten begehen. Die wirkliche Erklärung ist einfacher: Es geht um Geld.« Autor ist Major Rob Taylor, seines Zeichens Dozent am renommierten Kommando- und Generalstabs-College, Ft. Leavenworth. Im zweiten Absatz konnte man lesen: »Im Jahr 2009 hat Katar vorgeschlagen, eine Erdgaspipeline durch Syrien und die Türkei nach Europa zu bauen. Stattdessen hat Assad mit Iran und Irak einen Vertrag unterzeichnet, so dass den von Schiiten dominierten Ländern der Zugang zum europäischen Erdgasmarkt ermöglicht würde, während er Saudi-Arabien und Katar abblitzen ließ. Wie es scheint versuchen nun Letztere, Assad zu entfernen, so dass sie Syrien kontrollieren und ihre eigene Pipeline durch die Türkei nach Europa führen können.« Die beiden kurzen Paragraphen werfen plötzlich einen ganz anderen Blick auf den Konflikt.

Wie soll sich Deutschland verhalten? Außenminister Frank-Walter Steinmeier erklärte jetzt, man sollte Assad stützen. Ganz neue Töne?

Das sind ganz neue Töne, genau. Vor dem Hintergrund der Katar-Gaspipeline würde Deutschland zwar vom billigen Gas profitieren, aber die deutsche Industrie ist zu einem guten Teil auch von Aufträgen aus Russland abhängig. Katar kauft vergleichsweise wenig von Deutschland. Deutschland wäre womöglich der Verlierer, wenn Assad stürzt. Zumindest

würde Deutschland nicht viel gewinnen. Deutschlands Interessen liegen also hier etwas anders als die der Franzosen und Engländer, die mit ihren großen Gas- und Ölkonzernen schon immer im Mittleren Osten präsent sind, wie auch die Amerikaner.

Zurück zu Ihrer Geschichte. Im Januar 1990 hörten Sie über Kopfhörer »Alle meine Entchen« und wussten: Es ist Aus. Wer ließ sich als Code dieses Kinderlied einfallen? Die Zeile, die ich hörte, lautete: »Köpfchen in die Höh'«. Ich weiß nicht, wer den Einfall hatte. Ich muss bei Gelegenheit mal nachfragen.

Und dann haben Sie aufgeräumt?

Ja, dann wurde aufgeräumt – alles, alles musste weg. Die Codes, Kameras, Radios, alles. Aber ich hatte sowieso nur wenig wirklich verhängliche Sachen bei mir zu Hause. Das war die Maßgabe der HVA: so wenig wie möglich Spionagematerial in der eigenen Wohnung. Natürlich brauchte man das kleine Codebuch, aber das war nicht größer als ein Daumen und nicht dicker als zwei Fingernägel. Ich hatte auch eine Aktentasche mit doppelter Rückwand sowie einen Schirm und einen Tennisschläger mit Versteck für Filme und Kameras im Griff. Das war alles sehr solide gearbeitet. Aber das musste auch weg.

Oh je, all das, was man aus kitschigen Agenten-Thrillern kennt?! Und nun haben Sie noch nicht einmal mehr einen Füller mit Minikamera?

Nee. Ich habe mir neulich so einen Füller aus China gekauft. Aber die Kamera funktionierte nicht richtig. Ich habe das Ding schon wieder weggeworfen (lacht).

Lebten Sie seit jenem Tag 1990, als Sie abgeschaltet wurden, in stetiger Angst vor der Verhaftung? Zumal im Januar ein Oberst der HVA die Seiten wechselte, der Ihren Decknamen kannte.

Oberst Busch kannte Decknamen und Referenznummer. Ich wusste aber damals noch nicht von seinem Übertritt zum BND, dem er quasi als Morgengabe sein Teilwissen über mich reichte. Davon erfuhr ich erst im Zuge der Gerichtsverhandlung. Nachdem Busch den BND informiert hatte, setzte die Bundesanwaltschaft eine Untersuchungskommission ein. Die Staatsschutzabteilung des Bundeskriminalamtes, der Verfassungsschutz, der Militärische Abschirmdienst etc. wurden auf mich angesetzt. Auch im NATO-Sicherheitsapparat wurde eine spezielle Kommission gebildet, um »Topas« zu fangen. Aber ich hatte selbst eine hervorragende Quelle im Sicherheitsapparat.

Gerichtsnotorisch wurde der Satz: »Ohne dass wir es wussten, saß Herr Rupp bei unseren Beratungen immer mit am Tisch«.

Warum haben Sie sich nicht ins Ausland abgesetzt?

Wohin denn? Das Hinterland war weggebrochen, die DDR existierte nicht mehr, die Sowjetunion hat sogar Honecker ausgeliefert.

Aber Hansjoachim Tiedge, der Überläufer aus dem Bundesverfassungsschutz, wurde von Moskau nicht ausgeliefert.

Offenbar hat sich da die Bundesrepublik nicht so angestrengt. Ich weiß, dass ich – also »Topas« – zwei Mal auf dem Sprechzettel der Themen stand, die Helmut Kohl mit Jelzin persönlich bereden wollte. Er wollte wissen, wer »Topas« ist und wie man an ihn rankommt. Ich weiß, dass der damalige Chef des Bundeskanzleramts, Geheimdienstchef Schmidbauer,

sechs oder sieben Mal bei Treffen mit seinem russischen Pendant nachfragte. Aber die Russen wussten ohnehin nicht, wer und wo ich war. Die HVA hatte mich gut abgeschottet.

Wie nahmen die Kinder Ihre Verhaftung auf? Sie wussten nichts von Ihrem Doppelleben.

Meine Frau und ich wurden verhaftet, als wir bei meiner Mutter zu Besuch waren, zu ihrem 70. Geburtstag. Unsere Kinder waren mit einem Schlag elternlos. Sie stehen zu uns. Was will man mehr? Die schlechten Zeiten sind nur noch ein böser Traum.

Vollständiges Interview unter dasND.de/Topas

Theresa Squillacote schrieb am 20. April 2016 aus den USA

Meine lieben Freunde, Genossen und Kundschafter-Kollegen:

Ich schreibe Euch aus New York City und sende Euch die aller, allerwärmsten Grüße und Anerkennungen. Die Welt hat sich verändert, aber unsere Solidarität dauert an und das empfinde ich als mein großes Glück. Ich wünschte, jetzt bei Euch sein zu können, aber ich teile im Geiste meine Anwesenheit mit Euch.

Ich verließ das Gefängnis im Januar 2015 mit einer Zwischenstation als Freigängerin im Stadtbezirk Brooklyn von New York City. Danach begann ich die Suche nach einem Arbeitsplatz, nach einer eigenen Wohnung und nach medizinischer Versorgung für mich und für meinen Sohn. Wie Ihr vielleicht wisst, entwickelten sich bei meinem erwachsenen Sohn seit einigen Jahren Probleme der psychischen Gesundheit, während wir als seine Eltern noch inhaftiert waren. Er kämpfte auf seine eigene Art und Weise mit der öffentlichen Gesundheitsversorgung, und so beschlossen er und ich zusammen etwas zu unternehmen, um seine Situation zu verbessern, nachdem ich entlassen wäre. Ich versuchte auch neue soziale und politische Beziehungen für mich zu entwickeln.

Alle diese Aufgaben erwiesen sich als sehr anspruchsvoll. Ich begann sofort in einem Lebensmittelgeschäft zu arbeiten, konnte aber wegen meiner Unterschenkelprothese nicht während der gesamten Schicht stehen und musste gehen. Ich fand einen anderen Job in einem Call-Center, verlor aber auch diesen Job, nachdem ich an einer Lungenentzündung erkrankte, die ich mir beim Laufen zu den vielen Terminen zugezogen hatte. Ich entdeckte, dass mir meine körperlichen Behinderungen mehr zusetzten als ich erwartet hatte. Im Mai landete ich bei einer Non-Profit-Organisation, die sich mit Forschungen zur Infrastruktur in unterentwickelten Ländern befasst. Und ich unterstützte einen guten Freund und Kollegen von früher bei juristischen Forschungen über das Bundesgefängnisssystem für seine Mandanten, die rechtliche Unterstützung benötigten. Ich hatte noch eine gute Freundin im Gefängnis, die mir versichert hatte, mir eine Wohnung zu vermitteln bei ihrem Vater, der in Brooklyn als Hausverwalter arbeitet. Ich wurde lange Zeit getröstet, aber das endete als frommer Wunsch. Ab dem Spätsommer, als meine Entlassung aus dem Halfway-Haus näher kam, bemühte ich mich ernsthaft auf eigene Initiative um eine Wohnung. Ich musste eine Unterkunft finden, wo sowohl ich als auch mein Sohn wohnen konnten. Die Wohnungen in meinem Preislimit waren lediglich Einraumwohnungen. Das stellte sich als schwierig heraus, zumal mein Gehalt sehr gering und ich nirgendwo kreditwürdig war.

Ich verließ das Halfway-Haus am 9. Oktober 2015 mit meiner endgültigen Entlassung aus der Haft und „Fürsorge“-Überwachung des Bureau of Prisons nach 18 Jahren und 5 Tagen und hatte keinen Platz, wo ich hingehen konnte.

Mit Mühen fand ich eine einigermaßen große Wohnung mit zwei Schlafzimmern in der Bronx, wo die Mieten nicht so unverschämt hoch sind. Sie liegt in der Nähe zur Bahnstation nach Manhattan, sie ist preiswert und deshalb bewarb ich mich dort. Das war ein schwieriger Prozess, den ich nur schaffte, weil mein Bruder, ein Universitätsprofessor, zustimmte, meinen Mietvertrag ebenfalls zu unterzeichnen. Aber seit 15. November, 5 Tage nach meinem 58. Geburtstag, hatte ich meinen eignen Platz zum Wohnen...

...Mein erster Gedanke war, so schnell wie möglich öffentliche Hilfe zu beantragen und herauszufinden, wie das zu geschehen hatte. Ab der dritten Woche im Januar habe ich Unterstützung von der Stadt New York erhalten: Lebensmittelmarken, 200 US\$ Mietzuschuss und 200 US\$ Bargeld alle 4 Wochen. Ich habe außerdem Bundesfürsorge, das ist Social Security, beantragt. Ich hatte zwar keine formellen Arbeitsverträge während all der Haftjahre, aber ich bin immer noch anspruchsberechtigt auf einige staatliche Sozialhilfe...

...Ich erwarte jetzt den Beginn der Zahlungen aus der Social Security Kasse. Es hatte eine Unstimmigkeit bei der Schreibweise meines Vornamens gegeben. Auf der Geburtsurkunde steht mein Vorname Theresa ohne „h“. Es war ein kleiner Unterschied, den ich korrigieren musste, aber ich verlor eine Bearbeitungszeit von mehr als 6 Wochen deswegen. Ich kann nicht ganztags arbeiten, oder ich verliere die Vergünstigungen. Wenn die Zahlung der Vergünstigungen beginnt, wird sie von Januar starten, dann werde ich wieder unbesorgter leben können. Ich habe aber die Zeit bis dahin zu überbrücken und das wird sehr schwierig. Ich würde jede Hilfe, die möglich ist, als großartig schätzen.

Es ist schwer, meine juristische Karriere wieder zu beleben. Ich arbeite für einige fortschrittliche Anwälte von der National Lawyers Guild bei der Gefangenen-beratung, was aber nicht bezahlt wird. Die etablierten Anwaltsfirmen wollen mich nicht beschäftigen, sobald sie hören, weshalb ich vom Gericht beschuldigt und verurteilt worden bin. Vor kurzem habe ich mich als Anwaltsgehilfin beworben bei der American Civil Liberties Union für deren National Prison Project, um selbst als Gefangenenberaterin zu arbeiten. Dort schien mein Gerichtsurteil weniger ein Hindernis zu sein. Dieser Arbeitsplatz befindet sich zwar in Washington DC, aber es wäre für mich ein großer Schritt vorwärts gewesen. Nun wurde nach dem zweiten Telefon-Interview aber abgelehnt.

Dies sind die Hindernisse des Wiedereintritts in das normale Leben nach 18 Jahren weggeschlossenen Daseins. Ich habe Unterstützung von der GRH und anderen Freunden erfahren und nur aus diesem Grund war ich fähig zu überleben. Ich danke dafür, Euch meine Geschichte darlegen zu dürfen. Ich bleibe Euch allen sehr dankbar und hoffe eines Tages in der Lage zu sein unter Euch sein dürfen. Beste Grüße

Theresa M. Squillacote

Übersetzung: Lothar Ziemer

Anmerkung:

Auch jetzt noch – Juni 2016 – wartet sie auf die Sozialversicherungszahlung und kämpft tapfer um ihre Wohnung in der Bronx.

Umzugestaltende Politik: Die deutsche Linke/die US-Linke – gleiche Herausforderungen/gleiche Kämpfe

von Kurt Stand, veröffentlicht 21.02. und 08.03.2016 bei www.stansburyforum.com

Über den Autor:

Kurt Stand war über 20 Jahre aktiv in der Gewerkschaftsbewegung, so auch als gewählter Nordamerikanischer Gebietssekretär der Internationalen Gewerkschaft der Arbeiter in der Nahrungsmittelindustrie bis 1997. In diesem Jahr wurde er inhaftiert und verbrachte 15 Jahre in Gefängnishaft wegen der Beschuldigung, Spionage für die DDR betrieben zu haben; Anschuldigungen, die er erfolglos während des Gerichts- und des Berufungsverfahrens zurück wies. Gegenwärtig arbeitet er in einer Buchhandlung, ist Mitglied der Democratic Socialists of America im Ortsverband Washington Metro, ist aktiv in progressiven Organisationen seiner Gemeinde Cheverly, Maryland, dient als ehrenamtlich als Moderator der Hafentarbeitergewerkschaft und ist der Schulungsleiter eines Arbeitsplatzprojekts in Washington DC.

„Das Festhalten an Prinzipien sollte nicht verwechselt werden mit Unnachgiebigkeit.“

Die Beherrschung der Wahlen, der Medien, des öffentlichen Raums durch Groß- unternehmen; wirtschaftliche Beziehungen reproduzieren und vertiefen die Ungleichheit ständig; die globale Hegemonie der USA, gestützt auf Handel und Investmentregeln, abgesichert durch Waffengewalt – dieses sind Realitäten, die sich nicht ändern, egal wer an der Macht ist, Demokraten oder Republikaner. Es ist eine Binsenwahrheit, die im Widerspruch zu stehen scheint zu einer anderen Wahrheit: Die zunehmend erbitterte parteiische Kluft in der Grundrichtung der Politik, einer Kluft mit der sich Millionen identifizieren auf der einen oder der anderen Seite. Eine ernsthafte Kluft, die wir wahrgenommen haben in der gestohlenen Präsidentenwahl von 2000, bei einem Grad des Hasses, durch Schmähungen vertieft durch McCain/Palin, vertieft durch die von Republikanern herbeigeführten Haushaltssperren, die dazu bestimmt waren die föderale Autorität zu untergraben, durch die Differenz im Ton, Tenor und Inhalt der Debatten bei den Präsidentschafts-Vorwahlen zwischen Demokraten und Republikanern. Diese Kluft, in direkter und indirekter Form, reflektiert sich in den Spannungen und Unterstellungen von Gewalt beim Recht auf Abtreibung, bei der Gesundheitsreform und den Debatten um die Einwanderung. Sie ist zu sehen anhand politischer und gesetzlicher Angriffe gegen das Stimmrecht. Und sie wird offensichtlich in der von den Republikanern angeführten Obstruktion gegen die von der Obama-Administration angestrebten innenpolitischen Vorhaben seit sie 2010 die Mehrheit im Kongress wieder gewannen.

Zwei Wahrheiten, wenn man sie einander gegenüber stellt, tragen dazu bei, dass sich Millionen Menschen von allen Formen des öffentlichen Engagements zurückziehen. Das ist ein Anzeichen der Schwächung der Demokratie. Gleichermäßen bewirken sie, dass es den organisierten Linken an einem Ziel fehlt und an Einigkeit mangelt. Das sind zwei Wahrheiten, welche separat betrachtet, scheinbar den politischen Aktivismus dämpfen zwischen ineffektiver Haltung und beeinträchtigtem Pragmatismus, mit einem kleinen Raum zum Organisieren von Aktion mit über den Moment hinausgehender Wirkung. Und jene Falle, das Fehlen von Raum, manifestiert sich in der Unfähigkeit der Linken sich aus der Begrenztheit des Nationalen hinaus zu bewegen, trotz einer wohlmeinenden Präsenz in den meisten Feldern des sozialen Engagements. Wenn, wie auch immer, beide Seiten jener Wahrheiten gesehen werden, als bildeten sie eine Einheit, wenn ihre Verknüpfung begriffen wird, mag es möglich sein einen Pfad zu bauen, über den sozialistische Politik ihre unabhängige Perspektive behaupten kann, sogar in den engsten sichtbaren Klüften. Das wäre ein Pfad, der die Linke einbringen würde in gesellschaftliche Bewegungen, die sowohl Bestandteil der Klüfte sind als auch getrennt von Zerwürfnissen innerhalb wie auch zwischen den Parteien der Demokraten und Republikanern; ein Pfad auf dem die Linke transformative Politik innerhalb und außerhalb der bestehenden institutionellen Strukturen der Gesellschaft betreiben könnte.

In Deutschland offenbaren sich ähnliche Widersprüche und zugleich Möglichkeiten, wenngleich die Linke, die im Lande in den gesetzgebenden Körperschaften des Bundes, der Länder und der Gemeinden vertreten ist, eine verwurzelte nationale Präsenz linker Organisationen hat, die die Vereinigten Staaten nicht bieten. Die größere politische Kraft hat dennoch die interne Uneinigkeit innerhalb der PDL nicht verringert. Grundlegende Spannungen in ihren Reihen darüber, wie man den tagtäglichen Herausforderungen mit einer sozialistischen Strategie begegnet, stößt auf dieselben Grenzen wie in den USA.

Auf Spannungen, die aufkommen nachdem vor jeder Bundes- und Landtagswahl ein Dilemma als noch ungelöst anerkannt wird, sollte mit einer Politik mit maximaler Flexibilität reagiert werden, um mit den Sozialdemokraten und den Grünen eine Verbindung einzugehen, die den Weg zu einer „Rot-Rot-Grün-Koalition“ öffnet oder es sollten klare und kompromisslose Vorbedingungen für eine Koalition aufgestellt werden; eine potentiell kurzfristige Konsequenz auf eine Amtsübernahme durch eine mehr konservative Regierungskoalition besteht bei größerer Unabhängigkeit in ausbalanciertem außerparlamentarischem Aktivismus.

Ein politisches Zugeständnis zur Koalitionspolitik bedeutet, dass nur eine enge Auswahl politischer Forderungen möglich ist. Und daher rührt auch die objektive Grundlage für viele der Spaltungen in der PDL und darüber hinaus in den Reihen der deutschen Linken. Relativer wirtschaftlicher Erfolg in einer Zeit genereller Unsicherheit führt bei Teilen der arbeitenden Menschen dazu, ihren Horizont zu begrenzen aus Furcht, dass das irgendwo sichtbare Einbrechen bald auch bei ihnen zuhause auftreten könnte. Eine Entpolitisierung setzt ein, wenn weder die Regierung noch die Zivilgesellschaft in der Lage zu sein erscheinen, sich zu bemühen, um einen Lebensstandard zu erreichen oder zu erhalten, der nach lebenslanger harter Arbeit angemessen ist. Dies kann dazu führen, dass sie konservative Parteien und weit rechts stehende Politik unterstützen, sich überhaupt von den etablierten Politikern abwenden mit einer „Lasst uns allein!“-Haltung, die verbunden ist mit dem Wunsch nach einer „starken Hand“, die die Probleme löst, für die sie Schuld jenen zuschieben, die sie als „Außenseiter/Ausländer“ betrachten.

Wenig durchdachte reformistische Politik, solche wie jene, die von der SPD, den Grünen und einem Teil der Linken betrieben wird, stellt jene Trends in Rechnung. Eine schrittweise Politik des Wandels scheint das Mittel zur Lösung zu sein, wobei der Wert von Regierungstätigkeit und sozialen Reformen im täglichen Leben demonstriert wird. Solche dringlichen Reformen sind gedacht als direktes und indirektes Gegengewicht zur Demagogie des rechten Flügels der Gesellschaft, indem sie zustande kommen durch parlamentarische Kompromisse um Instabilität zu vermeiden, die von den autoritär konservativen Kräften ausgenutzt werden könnte. Darin liegt die nicht unbeachtliche Grundlage der Unterstützung, die eine solche Politik fortwährend genießt. Doch ist die hohe Engstirnigkeit dieser Art von Politik in einer Zeit des Verlusts und der Furcht unzulänglich und unangemessen.

Die aktuellen Bedingungen können (und tun es) viele andere verleiten anzuerkennen, dass Selbstbegrenzung und programmatische Zurückhaltung nicht dazu angemessen sind, dem persönlichen Bedarf und den sozialen Wünschen zu entsprechen, dass wirksame Aktivitäten notwendig sind, um Forderungen zu erheben, die über jene hinausgehen, die durch parlamentarische Kompromisse erreichbar sind. In individuellen und breiteren Kreisen der Gesellschaft meinen diejenigen, die der Aufrechterhaltung von Recht und Sicherheit verpflichtet sind, dass dies nicht länger bezahlbar ist. Sie sind die primäre Basis für die Unterstützung durch die Linke; ebenso ist dies die Grundlage für die Unterstützung von kämpferischen Kreisen der Arbeiterbewegung, für Sozialrechtsorganisationen, für Migranten und Asylanten. Doch bleibt die Zahl der Leute zu gering, die die Notwendigkeit einer transformativen Politik sehen, um das Zögern zu überwinden angesichts der radikalen Initiativen, die von einer größeren Zahl gewünscht werden. Folglich, um die Prinzipien

Anti-Krieg und Anti-Sparpolitik beizubehalten, bedarf es auswärts zu bauen, aufzuzeigen, dass die konkreten Antworten auf die Streitfragen des Tages nur gefunden werden durch die Solidarität zur Klasse und zur Gesellschaft, um neu zu definieren, was ist „bezahlbar“, was ist möglich. Das Fehlen der Fähigkeit, dies zu tun, wird wie in der deutschen Politik die ständige Drift nach rechts fortsetzen. Wie es in den USA weiterhin geschehen wird.

„Um bedeutsam zu werden, hat die sozialistische Politik einen Weg zu finden, das Programmatische mit der Praxis zu verbinden“.

Das Aufrechterhalten von Prinzipien sollte nicht verwechselt werden mit Unnachgiebigkeit. Linke politische Programme, die fehlschlagen populäre Resonanz zu finden, die jene ignorieren in deren Namen sie zu sprechen versuchen, sind ebenso außerstande in Wettstreit mit der bestehenden Macht zu treten wie soziale Bewegungen, die das Bestehende als unveränderbar akzeptieren.

Organisationen, die derartige Begrenzungen akzeptieren, sammeln mehr Unterstützer als radikale Alternativen, weil unter gewöhnlichen Umständen die meisten arbeitenden Menschen solche Hemmnisse als unveränderbar betrachten und somit eher moderat potentielle Reformen akzeptieren, scheuen sie zurück vor angeblich fehlender Praktikabilität fundamentaler Änderungen (es ist eine ähnliche Lage von Akzeptanz, die andere Leute dazu bringt an konservative Mythen von einer „idealen“ Gesellschaftsordnung zu glauben und zu unterstützen, in welcher jeder einen Platz in einer „natürlichen“ - von Gott gegebenen - Hierarchie findet.). Jedoch tendiert jene Unterstützung zu schwinden, nachdem die Veränderungen Wirklichkeit geworden sind, weil die politische Initiative in den Händen der Rechten verblieben ist. Diese haben eine klarere Vorstellung, wie das Fehlen von Substanz einer begrenzten Reform gegen diese selbst genutzt werden kann. Dies ist belegt von den Verlusten der Demokraten im US Congress nach Obamas (und vorher Clintons) Wahlsiegen – und an den Verlusten, die die SPD, die Grünen und Die Linke nach ihren Amtszeiten in der Bunderegierung bzw. im Bundestag erlitten haben. Und ebenso ist es den Wahlprogrammen mit übereingekommenem Pragmatismus und Begrenztheit ergangen.

Um Bedeutung zu erlangen, hat sozialistische Politik einen Weg zu finden, um das Programm mit der Praxis zu verbinden – oder mit anderen Worten gesagt, die Politik des Regierens (in einer Koalition) zu verbinden mit öffentlicher Aktion und Organisation. Und ebenfalls hat sie einen Weg zu finden, um einen nationalen Konsens in Opposition zu den bestehenden Eigentumsverhältnissen und den strukturellen Ungerechtigkeiten herbeizuführen, so auch gegen den nationalen Konsens, der auf der Akzeptanz der aktuellen Machtverhältnisse und der „natürlichen/idealen“ Gesellschaftsordnung basiert. Für die Linke liegt dafür die Möglichkeit in einer Praxis, dass sie gleichzeitig die SPD und die Grünen herausfordert, um sie als Teil der Basis für die transformative Politik zu gewinnen und auf dieser Grundlage mit ihnen zu koalieren – einfach als antikapitalistische Gruppen innerhalb und außerhalb aller parlamentarischen Parteien und Organisationen der gesellschaftlichen Mitte, die gefordert sind, politische Entscheidungen zu treffen in Bezug auf die Gesamtheit der bestehenden Machtverhältnisse und diese bei gleichzeitiger Organisation und Konfrontation umzusetzen haben, wofür sie über ihre Reihen hinausgehende Zustimmung auch derjenigen benötigen, deren Kritik an den Machtverhältnissen enger gefasst und mehr spezifisch ist.

Das aktuelle Programm der LINKE enthält einen Ansatz dazu. Viele weitere Schritte sind jedoch zu unternehmen. Das ist eine Binsenwahrheit, die von einer historischen Parallele unterstrichen wird: Der SPD-Parteitag 1890 nahm ein marxistisches Programm an, welches die organisatorische Einheit und die Bühne schuf für das rapide Wachstum der Partei, das die SPD zu Deutschlands größter Partei werden ließ. Aber die 1890 akzeptierten Prinzipien haben nicht den Druck überlebt, der das rapide Wachstum begleitete. Überdies hat das Bevorzugen der Wahlergebnisse als Zeichen der Stärkung oder Schwächung der Partei dazu geführt, dass eine einzige Wahlniederlage im Jahr 1907, nachdem die SPD die kaiserliche Regierung wegen der brutalen Kolonialpolitik des Kaisers im Parlament herausgefordert hatte, von den konservativen Parteiführern genutzt wurde, eine immer stärker

werdende nationalistische Orientierung und eine immer enger werdende innenpolitische Reformpolitik zu betreiben. Luxemburgs Schrift über den Massenstreik (1906) und Karl Liebknechts Arbeit über Militarismus und Antimilitarismus (1907) wurden von der SPD weitgehend als politischer Kurs zurückgewiesen und die Spaltung, die sich dann zeigte, wurde mit jedem der folgenden Jahre tiefer. Die organisatorische Einheit wurde mit Zeitungsartikeln aufrechterhalten während der Spalt zwischen dem proklamierten Glauben und der aktuellen Praxis sich vertiefte.

In der Konsequenz wurden die Risse in der Einheit der Arbeiterklasse, bis dahin zwar nicht voll sichtbar, verstärkt. Die Einheit der Klasse wurde ersetzt durch eine immer fragiler werdende Einheit der Partei. Gewinne, die durch schrittweise Reformen gemacht wurden, waren nicht Gewinne zugunsten aller. Der Unwille, jenen Wandel anzuerkennen, trug bei zum Aufbrechen der Klassensolidarität innerhalb Deutschlands und in den Beziehungen zu den Arbeitern im Ausland. Während radikale Worte Bedeutung in einer Aktion erlangen, muss die Einheit in der Praxis während der egalitären Einbeziehung auf beiden Gebieten, sowohl dem sozialen als auch dem wirtschaftlichen geschehen. Dieses kann linke Politik im täglichen Leben verwurzeln. Das ist das beste Mittel, um den Verlockungen einer teilweisen Anpassung zu widerstehen wie den Befürchtungen vor einer Repression.

Das Verständnis jedoch kann nur konkretisiert werden, wenn Wahlkampf und Massenaktion intim miteinander verbunden sind. Regierungskoalitionen, auf welcher Basis sie auch immer entstehen, begegnen zwangsläufig dem Druck der Ereignisse und dem Druck des Herrschaftssystems, sich von Solidarität zur eigenen Klasse fernzuhalten. Diesem Trend kann nur entgegengewirkt werden, wenn jene am meisten Ausgeschlossenen, am meisten Ausgebeuteten sich zu einem integralen Bestandteil des Veränderungsprozesses formen, was voraussetzt, dass die Herrschaftsinstitutionen als Streitobjekte angesehen werden. Manfred Sohn, der von 2008 – 2013 stellvertretender Vorsitzender der Fraktion von DIE LINKE in Niedersachsen war, stellte eine für diese Aufgabe passende Perspektive vor. Indem er die Erfahrungen der kommunistisch-sozialdemokratischen Koalitionen von 1923 in Sachsen und Thüringen ebenso beschrieb wie 1930 die Volksfrontbewegungen in Frankreich und Spanien sowie Chiles Unidad Popular von 1970 bis 1973 als Beispiele für radikal-öffentliche Politikinitiativen, gleichermaßen angetrieben von einer breiten Mobilisierung außerhalb der Parlamente und innerhalb der Regierungsämter, kam er zu folgender Erkenntnis:

„Eine prinzipielle Lehre der Kämpfe der Vergangenheit: Es gibt nichts Mitleid- erregenderes und Hoffnungsloseres als eine linke Regierung ohne eine aktive linke Massenbewegung. ...eine Partei orientiert auf einen systematischen Wandel muss das Regierungsziel haben, dass anstelle einer Intervention eine große Zahl von Menschen in eine fortlaufenden Debatte einbezogen ist.“

Sohn schreibt in demselben Artikel weiter:

„...Versuche die Macht zu gewinnen (wie in Chile) wurden imaginär beschrieben in Antonio Gramscis theoretischen Schriften. Sein Kernverständnis kann man wie folgt zusammenfassen: Sozialistisch orientierte Veränderung in unserer Zeit erfordert eine ganze Serie von Blockbildungen im Kampf für die Überwindung des Widerstands des kapitalistischen Systems bevor ein qualitativer Zusammenbruch gelingt – nämlich die erfolgreiche Beseitigung des Privateigentums an den Produktionsmitteln. Diese unverzüglichen Kämpfe sind unerlässlich, weil nach dem Sieg auf einer politischen Position, uns eine andere bevorsteht, so dass sich gleichzeitig Regierungsbeteiligung und Opposition gegenüber stehen und die Frage nach dem Prinzip vollkommen oberflächlich wird. Es ist eine Kursänderung hin auf die Voraussetzungen, die zu schaffen sind bevor die Frage der Regierungsbeteiligung zu stellen ist. Es ist nicht die Frage an eine Einzelperson, die Frage ist, wie soziale Bewegungen reagieren auf Gegebenheiten, wenn sie entstehen.“

Eine wirksame Aktion, um solch eine demokratische Gesellschaft zu bilden, die eine größere Freiheit in Deutschland wie in den Vereinigten Staaten mit sich bringt, ist nur möglich durch eine politische Bewegung, die gesellschaftliche und wirtschaftliche Rechte mittels alternativer Machtzentren innerhalb der Gesellschaft durchsetzt. An anderer Stelle entwickelte Sohn diese Analyse aus einer

sozialistisch-feministischen Analyse, die eine spezifische Form der Ausbeutung von Frauenarbeit als den Kern der kapitalistischen Entwicklung betrachtet und vorwegnehmend für die Entstehung eines „Prekariats“ in der heutigen Zeit des Finanzkapitalismus, der korporativen Globalisierung und Stagnation steht – und auch die Zentralität von Frauenorganisationen und deren Führung, wenn sie Machtpositionen inne haben, als Anzeichen dafür betrachtet, dass sozialistische Bewegungen dann fähig seien, mit dem Kapitalismus vollständig zu brechen. Was des weiteren bedeutsam ist, das ist eine Form, die strukturelle Basis von Ungleichheit in der arbeitenden Klasse wie innerhalb der gesamten Gesellschaft herauszufordern und so eine Basis von bedeutsamer Solidarität und vereinigter Aktion herzustellen.

Die Herausforderung, die seine Strategie verkündet, ist es, wie Möglichkeiten zu ergreifen sind, die sich auf tun durch die gegenwärtige Krise innerhalb des Rahmens, in welchem Koalitionspolitik, parlamentarische und außerparlamentarische Aktionen sich gegenseitig verstärkend wirken; alternative Machtpositionen in einer Weise zu schaffen, die einen möglichen Pfad aus der Falle der sozialen Ausgrenzung gegenüber sozialer Vereinnahmung aufzeigt. Es liefert eine Projektion von politischer Aktion, die von der Existenz einer alternativen politischen Partei wie DIE LINKE ausgeht, aber hat auch dort Relevanz, wo eine solche nicht besteht, wie es der Fall in den Vereinigten Staaten ist. Unter den gegebenen Bedingungen ist es eine prinzipielle Herausforderung, die Mittel zu entwickeln, um verschiedene Formen und Gruppierungen mit politischem Engagement, um den zerstreuten Widerstand anzuregen und einen systematischen alternativen Gebrauch der Werkzeuge zu nutzen, die jeweils zur Hand sind; die Schaffung dieser Voraussetzungen wird von Sohn diskutiert. Diese Situation gibt es, weil die Chancen und Gegensätze, die nach der Wahl Obamas aufgedeckt wurden, noch heutzutage entscheidungsrelevant sind – infrage steht nicht das Wohl eines Einzelnen, die Frage ist, wie gesellschaftliche Bewegungen agieren auf günstige Gelegenheiten, wenn sie auftreten. Ein Positionspapier, 2008 herausgegeben von US Labor Against War (USLAW), behandelte das Problem des Verständnisses und der Auswahl: Einige Leute werden naiv abwarten und glauben, er (Obama), wird die richtigen Dinge tun und wir werden niemals seine Agenda oder seine Entscheidungen infrage stellen oder kritisieren. Die andere Position führt zum selben Resultat: eine machtvolle Elite und deren Insider werden die Agenda der Administration aufstellen (Das Neue Terrain für die Antikriegsbewegung der Gewerkschaften – online-posting 6.12.2008)

Acht Jahre später, bleibt jene Kritik der zwei Formen von Passivität gültig, so wie es der fortgesetzte Bedarf für ein Initiativ-Programm und Politik tut, für eine Änderung der Lage jener, die für Obama gestimmt haben und hofften oder erwarteten er würde es schaffen. Fortschritt ist an sich nicht abhängig von Regierungshandlungen, sondern eher davon wie populär das Handeln ist, das fähig ist, den Raum zu nutzen, damit jene Erwartungen („verändere Dich, Du kannst daran glauben“) durch Druck auf die Regierung den Raum schaffen für Veränderungen der Gesellschaft. Heute zeigt sich, dass eine kritische Schwäche der liberal/progressiven nationalen Politik – von Obama bis Sanders – sich in der begrenzten ideologischen und praktischen Kritik an der überseeischen Politik und am Militarismus widerspiegelt. Diesen Mangel in einem Vakuum anzugreifen, bewirkt wenig, um ihn zu beseitigen, statt dessen ist Antikriegspolitik wieder einzugliedern in Kämpfe, die auf anderen Gebieten geführt werden. Verständnis dafür wurde weiter entwickelt im Aufruf der USLAW zur Aktion: ...die Gewerkschaftsbewegung muss sich nicht ausschließlich auf innere Reformen ausrichten, weil die innere Krise solange nicht aufgehoben wird wie die USA direkt eingebunden sind in eine Außenpolitik, die uns in Zwietracht mit dem Rest der Welt bringt, und die Militärausgaben aktuell unsere wirtschaftliche Sicherheit unterminieren. Dies ist abhängig vom erfolgreichen Herausfordern der Auffassung, dass die Vereinigten Staaten hätten und haben von Natur aus ein Recht darauf, als globaler Polizist und Tyrann, den Rest der Welt zu kommandieren.

Aber die Umsetzung jenes Aufrufs ist nur möglich durch Arbeiten auf vielen Ebenen, das Ringen um viele Belange, auf vielen Gebieten:

Während es wichtig ist unsere Forderungen auf der Straße zu stellen, sollten wir über die Demonstrationen hinaus denken. Wir müssen unsere Allianzen verbreitern mit jenen, die eine Gesundheitsreform verlangen, mit blau-grünen Umweltschützern, mit Bewegungen für Einwanderungsrechte und all jenen Antworten geben auf die vielen Manifestationen des „Krieges zuhause“ (s. USLAW)

Und dies führt uns zu den aktuellen politischen Möglichkeiten. Bernie Sanders' Kampagne bietet eine Öffnung selbst wenn seine politischen Positionen nicht radikal sind im Verhältnis zu jenen, die von Linken in Deutschland debattiert werden. Doch in Kontext gestellt zu den USA, wo der Kapitalismus eine virtuelle Staatsreligion geworden ist, ist selbst eine teilweise Kritik an dem dominierenden System wirksam, die Millionen Menschen erreicht, eine Öffnung breiter Möglichkeiten zum Debattieren und Organisieren, die andererseits weitgehend verschlossen bleibt. Und seine Politik und Kampagne, die auf einer Denunziation des korporativen Kapitalismus wurzelt, fordert eine universelle soziale Sicherung, eine Opposition gegen den Nahostkrieg mit all seinen Verflechtungen und fokussiert den Klimawandel als die Schlüsselaufgabe in unserer Zeit – das stellt eine deutliche und eindeutige Herausforderung an das bestehende politische System dar. Aber der signifikanteste Teil der Präsidentschaftsbewerbung von Sanders sind seine Aufrufe zu Massenaktionen, zu öffentlichem Druck, um einem progressiven Wandel den Weg öffnen zu können. Dafür ist die Aufteilung der amerikanischen Politik zwischen Demokraten und Republikanern nicht wirksam, dagegen verlangt sie eine Auseinandersetzung zwischen den Arbeitenden, definiert im breitesten Rahmen, und den Wirtschaftsvereinigungen und –Korporationen. In dieser Beziehung verläuft seine Politik parallel zu jener von Jesse Jackson. Dessen Kampagnen verfolgten eine Thematik der Volksgemeinschaft im Einklang mit dem Charakter der Bevölkerung der Vereinigten Staaten, die in Opposition zur Definition der Gemeinschaft stand, die von Ronald Reagan vertreten wurde: Weiße, besser Verdienende und Intolerante gegenüber „Anormalen“. Und so steht sie auch im Einklang mit ihnen und baut auf die Anhänger von Occupy, mit deren Denunziation des 1 % (der Reichsten und Mächtigsten der gesamten Bevölkerung) und befindet sich im Einklang mit den Forderungen der Black Lives Matters. Sanders Wahlkampagne gibt den Raum, eine radikale Auffassung von Einrechnung zu artikulieren, die von Obama angedeutet aber unentwickelt belassen wurde; eine Einrechnung beruhend auf den arbeitenden Menschen und den Gewerkschaften, die nicht mit den Händen über den Seitengang eine Einigung mit jenen suchen, die jetzt die Macht ausüben.

Transformative Politik ist deshalb nicht eine Frage von Programm oder Plattform als eine Abstraktion, es ist eine Frage von Mobilisierung und Organisation, die abhängig ist von denjenigen, die von der Solidarität der bislang Ausgeschlossenen abhängen.

Wenn die Möglichkeiten seiner Kampagne sich zeigen sollten, dass es Basis einer eher vereinigten alternativen Politik wird, die sich bereits in den Vordergrund der Reformbewegungen innerhalb der Demokratischen Partei schieben, durch die Parteien der halb-unabhängigen arbeitenden Familien durch verwurzelte Drittpartei-Gruppen, durch progressive Gemeinschaften und Organisationen in den Staaten und durch einen weiten Bogen von Organisationen, die für Gerechtigkeit in unterschiedlichen Gemeinschaften oder Brennpunkten quer durch das ganze Land kämpfen, dann kann ein Weg nach vorn gefunden werden, der die Falle der zu starken Betonung von Wahlämtern vermeidet, vermeidet auch die Ausgrenzung der Genugtuung für eine Opposition ohne unmittelbare Wirkung. Das Zerfließen der amerikanischen Innenpolitik – oft die Quelle einer Schwäche – kann dann zu einer Stärke gewendet werden.

Eine gewisse Stärke wird in Deutschland benötigt, damit die Frage einer Koalition der parlamentarischen Linken durchdacht und entwickelt wird. Das wäre eine Koalition, die verwurzelt ist im direkten Engagement der arbeitenden Menschen, der Zuwanderer-Gemeinschaften: denjenigen, die bereit sind, sich den Themen der gesellschaftlichen Solidarität zu stellen, um eine Definition dafür zu finden, was innerhalb und was außerhalb eines vermeintlichen Konsens liegt. Jene, deren

Legalität und aktuelle Praxis in der Herrschaft der Wenigen über die Vielen liegt, müssen daraus erkennen, dass sie diejenigen sind, die außerhalb stehen.

(Um das zu erreichen, ist Einigkeit und Gegenseitigkeit zu mannigfaltigem Streben für jene Rechte herzustellen, die einst verkündet worden waren als das selbstverständliche „Recht für alle“. In beiden Ländern gilt es den Weg zu finden zur Schaffung einer verwurzelten sozialistischen Präsenz in allen gesellschaftlichen Bewegungen, wie auch in den Gewerkschaften. Es erfordert die Wiederherstellung einer offenen marxistischen Präsenz, einer Präsenz, die kritisch und populär ist, einer Präsenz, die schöpferisch ist und sich engagiert mit anderen Ideen und anderen Konzeptionen.

Die sozialistische Bewegung ist gefordert das Naheliegende zu tun und das Fernziel nicht aus den Augen zu verlieren. Organische Verbindungen zwischen jeder Teilreform und zwischen jenen Reformen und Formen kollektiver Selbstorganisation können die Basis schaffen für den notwendigen fundamentalen Wandel. Dies bringt uns zur Frage der Selbstbestimmung und den Zusammenhang von Selbsterkenntnis und sozialer Betätigung, zu einem kritischen Widerstand, der das Persönliche mit dem Systemischen kombiniert – was das Herzstück jeder radikalen Politik ist, sei es im Wahlkampf oder im außerparlamentarischen Aufbegehren.

Heutzutage werden Befragungen und Umfragen von jenen vorgenommen, die gut verdienen aber noch unsicher wegen der Zukunft sind, weil sie die wirtschaftliche Unbeständigkeit befürchten, weil ihnen die soziale Aufsplitterung bewusst ist, weil sie Bedenken hegen wegen der Brüchigkeit der Natur im Klimawandel. Die Fragen sind eine Form neu zu bedenken, was vorher als selbstverständlich betrachtet wurde. So werden auch Fragen gestellt zu Aktionen, die jene unternommen haben, die zwischenzeitlich verarmt sind, auch an jene, die in der Gegenwart direkt protestiert haben und wer in seiner Verwundbarkeit nur die Unsicherheit für den Weg nach oben sieht, falls die Gesellschaft ihren gegebenen Kurs fortsetzt. Menschen, die zunehmend nicht gerade suchen nach unverzüglichen Verbesserungen, aber nach Veränderungen trachten, die eine qualitativ bessere Zukunft erwarten lassen. Kombiniert können diese Entwicklungen zu einem kulturellen Wechsel führen, nämlich neue Wege der Wahrnehmung und des Suchens zu erschließen, die dazu befähigen sich eine andere Zukunft vorstellen zu können: Was muss getan werden, um eine Wirklichkeit zu gewährleisten, die nicht bedrückend werden kann? Eine kulturelle Veränderung, die an sich eine politische Veränderung ist, kann bei jenen in ein soziales Engagement führen, die vorher ihre Lebensoptionen nur im privaten Bereich gesehen haben. Solche Veränderungen, die durch Organisation und Aktion stimuliert sind, stimulieren weitere und breitere Organisation und Aktion – das ist das Mittel, durch das ein wahrhaftiges Klassenbewusstsein, ein sozialistisches Bewusstsein sich bilden kann. Das ist ein Bewusstsein, das in der Gegenwart den Kampf um die Macht verbindet mit einer realisierbaren alternativen Vision von der Zukunft.

Angela Davis bemerkte in der Einleitung zu einer neuen Herausgabe ihres 1969er Pamphlets „Lektionen über die Befreiung“:

„Viele von uns dachten (in den 60er und 70er Jahren), dass die Befreiung einfach eine Frage der Organisierung des Aushebelns der Macht aus den Händen derjenigen sei, von denen wir meinten, sie wären die Unterdrücker. Frederick Douglass half uns sicherlich dies begrifflich zu erfassen, aber dies war bei weitem nicht die vollständige Geschichte. Heute beurteilen die Leser von Douglass' Schriften, Wissenschaftler und Aktivisten zugleich, seinen Text in einem viel weiter reichenden Sinn darüber, was es bedeutet für die Befreiung zu kämpfen; nicht nur den einen Sinn, der sich mit farbigen Frauen befasst, sondern auch mit dem sexuell an den Rand gedrückter Gemeinschaften wie auch solcher, die Subjekt sind von Bräuchen der Eingrenzung und Unterdrückung wegen Tugendhaftigkeit unter Frauen mit dem Status zugewanderter Einwohnerinnen. Gleichermäßen bedeutsam ist es, ob wir anerkennen das Ausmaß zu welchem Douglass aufrechterhält den Einfluss der Ideologie seiner Zeit, wir sollten besser verstehen jenes zu identifizieren und zu bekämpfen, das unsere Vorstellung von Befreiung heute begrenzt.“ (S. 36 f).

Wir agieren um frei zu sein, aber es ist keine Freiheit, wenn sie nur für jemand selbst Geltung hat, wenn sie für einige und nicht für andere wirkt - selbst dann nicht, wenn sie gekauft ist zum Preis der Herrschaft über jene, die sie nicht genießen können. Wesentlich für die Kontrolle Einiger über die Arbeit anderer ist die Schicht der Mächtigen und der Hierarchie, die entsprungen ist oder gefördert wurde durch die Segmentierung der Gesellschaft; sie kann nur überwunden werden durch die Verknüpfung, die die Alltagserfahrung zusammenführt mit der großen Breite der politischen und sozialen Probleme und so die Erkenntnis der aktuellen Lebenslage bringt. Die Wiedergeburt und Erneuerung des demokratischen Systems ist in so weit zu Bruch gegangen wie die Wiedergeburt der sozialistischen Bewegungen zu den Begrenzungen vorgestoßen ist, die die Stärke der Verknüpfung hatte. Sozialismus ist als Bewegung und als Ziel ausgerichtet auf ein Programm von Gleichheit und Freiheit, auf ein Programm, um die öffentliche Kontrolle über die Wirtschaft und über die öffentlichen Institutionen zu gewährleisten, und ist darauf ausgerichtet, um die Basis für eine immer breitere Selbstverwirklichung zu schaffen. Was wir auf politischem Gebiet tun, kann dem Inhalt geben, was hohl geworden ist, und kann helfen eine Welt zu erschaffen, in der die eigentlichen Wahlmöglichkeiten jedem eröffnet sind und die eigentlichen Möglichkeiten der erheblichen Mehrheit der Gesellschaft gehören.

Übersetzung: Lothar Ziemer, 31.03.2016

Rechtswidriger Umgang der Behörden der BRD mit den Kundschaftern der DDR Karl Rehbaum

(Vorabdruck eines Beitrages für die „Rote Hilfe“)

Obwohl andere Wege zur Vereinigung der beiden Völkerrechtssubjekte DDR und BRD möglich waren, hat man den schlechtesten gewählt. Der von der Volkskammer der DDR beschlossene Beitritt zur BRD führte in allen gesellschaftlichen Bereichen zu negativen Auswirkungen und kam in der Praxis einer Annexion der DDR gleich. Die gesamtgesellschaftlichen Verhältnisse der Alt-BRD wurden den neuen Bundesländern ohne Übergangszeit übergestülpt, die DDR zum Unrechtsstaat erklärt. Bereits vor dem 3. Oktober 1990 konzentrierten sich die gegnerischen Aktivitäten in vielgestaltiger Form auf das MfS. Die bundesdeutsche Politik und Justiz begannen unverzüglich an einem erfolgreichen Gegner, dem Nachrichtendienste der DDR, Vergeltung zu üben. Zumal der Artikel 8 des Einigungsvertrages, in Verbindung mit Kapitel III, Sachgebiet C, Abschnitt 1 und 2 der Anlage I des Einigungsvertrages die strafrechtliche Verfolgung der „Ostspione“ zuließ. Dies ist ein eindeutiger Verstoß gegen das Grundgesetz, also verfassungswidrig.

Die von der Politik, auch nach den Wahlen vom 18.03.1990 von Politikern der DDR geschaffenen bzw. als anwendbar interpretierten juristischen Voraussetzungen zur Verfolgung der Kundschafter der DDR wurden mit hohem Aufwand sehr intensiv genutzt. Der damalige Bundesanwalt Lampe rühmte sich, dass die Justiz seit den 90er Jahren „in die Rolle der zuständigen Erfassungsstelle für die operative Westarbeit des MfS gerückt“ sei.

Da Spionage völkerrechtlich ein legitimes Mittel von Staaten und zugleich ein Verfolgungsziel ist, gibt es zu diesem Thema sehr unterschiedliche Bewertungen. Wenn ein Staat aufhört zu existieren, dann gibt es gegenüber dessen Kundschaftern kein Verfolgungsziel mehr. Insofern gab es um 1990 eine Reihe Aktivitäten, die dem Vorgenannten Rechnung tragen sollten. Eine weitgehende Straffrei-

stellung der Kundschafter wurde angestrebt. Seitens der Bundesregierung gab es einen Gesetzentwurf „über Straffreiheit bei Straftaten des Landesverrats und der Gefährdung der äußeren Sicherheit“ (BT-Drs: 11/ 7871 vom 3.9.90) und seitens der Fraktionen der CDU/CSU und FDP einen ebensolchen Entwurf vom 2.9.90 (BT-Drs: 11/7762 (neu). Ziel war, zum Thema Spionage einen Schlusstrich zu ziehen und dem Rechtsfrieden genüge zu tun. Wie aber so oft bei wichtigen Entscheidungen, machte die SPD im Bundesrat und Bundestag einen Strich durch die Rechnung. Besonders aktiv war Jochen Vogel, u.a. mit dem vorgeschobenen Argument, eine solche Straffreistellung der Spione käme einer MfS-Amnestie gleich.

Es gab auch namhafte bundesdeutsche Politiker und Juristen die gegen eine einseitige Verfolgung von DDR-Kundschaftern Position bezogen haben. Der Bundespräsident von Weizsäcker z. B. äußerte sich wie folgt:

„Das, was man unter Spionage versteht, wird hier unterschiedlich behandelt, je nachdem, wo es geschehen ist. In Fällen, wo es nicht um menschenrechtsverletzende Begleiterscheinungen, sondern wirklich um reine Spionage geht, muss man darauf achten, dass hinüber und herüber betrieben worden ist und infolgedessen parallel behandelt werden muss. Das ist mein Rechtsgefühl.“

Auch der damalige Innenminister W. Schäuble erklärte vor dem Ausschuss Deutsche Einheit des Bundestages:

„Ich kann mir nicht vorstellen, dass wir im vereinten Deutschland die jeweiligen Agenten ins Gefängnis stecken. Was ich mir auch nicht vorstellen kann, ist, dass wir die Mitarbeiter der DDR ins Gefängnis stecken und das umgekehrt nicht tun.. Es handelt sich um teilungsbedingte Straftaten, die außer Verfolgung gestellt werden müssen.“

Schließlich soll hier noch der über die Grenzen Deutschlands hinaus bekannte und geachtete Professor Dr. Ridder zitiert werden:

„Mit der Herstellung der staatlichen Einheit kann von einer gegenseitigen Bedrohung der Sicherheit nicht mehr die Rede sein. Im vereinten Deutschland gibt es keinen strafrechtlich bewehrten Staatsschutz der BRD gegen Spione einer fremden Macht DDR. Damit sind Strafbarkeit und Verfolgbarkeit wegen Spionage für die DDR zu Ende gegangen. Die fortgesetzte strafrechtliche Verfolgung ehemaliger DDR-Spionage durch die BRD ist deshalb nicht mehr völkerrechtskonforme Bekämpfung einer ihre Sicherheit gefährdender Macht, sondern nur noch ein untauglicher Versuch, der DDR rückwirkend die Qualität als Staat und Völkerrechtssubjekt abzuerkennen. Es entstand die paradoxe Situation, das früher in der DDR verurteilte Agenten westdeutscher Geheimdienste durch Gesetz von 1992 strafrechtlich rehabilitiert und finanziell entschädigt wurden. Deren Strafverfolgung in der DDR wird als politische Verfolgung anerkannt.“

Schlussfolgernd kann demzufolge festgestellt werden, dass die Urteile gegen die Kundschafter der DDR-Nachrichtendienste rechtliche und politische Fehlleistungen der Gerichte und der etablierten Parteien der BRD sind. Die Handlungsweise der BRD widerspricht dem geltenden Völkerrecht und ist auch keine politische Lösung. Das sachbezogene Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 15.5.1995 ist deshalb keine eindeutige Entscheidung, eher eine Festschreibung einer unbegründeten Ungleichbehandlung. Man kann also zu der Auffassung gelangen, dass die einseitige Verurteilung der Kundschafter der DDR eine Form der Rechtsbeugung ist. Die Entscheidung des BVerfGE ist eine juristische Konstruktion, mit einem „3-Klassen-Strafrecht“ als Inhalt.

Die Strafverfolgung der Kundschafter der Nachrichtendienste der DDR begann bereits vor dem 3.Oktober 1990 und wurde mit dem sogenannten „Tag der deutschen Einheit“ intensiviert. Zu den

Strafverfolgungen der Kundschafter gibt es verschiedene, unbedeutend differierende Zahlenangaben. Am wahrscheinlichsten sind folgende:

Gegen westdeutsche Bürger wurden gemäß den §§ 94 (Landesverrat) und 99 (Geheimdienstliche Agententätigkeit) 2928 Ermittlungsverfahren eingeleitet, daraus wurden 388 Anklagen erhoben. Schließlich gab es nach vorgenannten Rechtsnormen 276 Verurteilungen. 23 der Verurteilten waren DDR – Bürger, 253 Bürger der Alt-Bundesländer. Von den 253 wurden 8 zu einer Geldstrafe und 245 zu Freiheitsstrafen verurteilt. 194 erhielten Strafen bis 2 Jahre und 51 über 2 Jahre. Die Freiheitsstrafen betragen für 3 Kundschafter (Kuron, Rupp, Gebauer) je 12 Jahre (im Gespräch war Lebenslänglich). Für 6 weitere Kundschafter zwischen 8 und 10 Jahren , 17 zwischen 5 und 8 Jahren und 25 zwischen 2 und 5 Jahren. Die Haftstrafen für unsere Kundschafter in den USA waren unvergleichlich höher, die vermeintlichen „strafbaren Handlungen“ zum Teil durch Geheimdienste und FBI provoziert.

Zum Freiheitsentzug kamen die Prozesskosten bis zu einer Summe von 200 000 DM und die Rückzahlung der von den Nachrichtendiensten erhaltenen Zuwendungen, z. B. für Reisekosten, Kauf von technischen Geräten etc., in Höhe von bis zu 100 000 DM (der sogenannte verfallene Betrag). In einzelnen Fällen kam es zur Enteignung von Immobilien, zur Zwangsversteigerung von Wohnhäusern. Die finanziellen Belastungen unserer Kundschafter sind immer noch erheblich und werden noch Jahre andauern. Zu den Folgen der Verurteilungen gehören auch Arbeitslosigkeit, Rentenverlust bzw. Minderung, Schulden, zerbrochene Ehen, zerstörte Familien, gesundheitliche Probleme usw..

Für einzelne Kundschafter wurde es noch komplizierter, wenn man so will kam eine dritte Strafe hinzu. Zum Beispiel bei Sozialleistungen für Rainer Rupp, seine ehemalige Arbeitsstelle die NATO betreffend. Deren Rentensystem sieht vor, dass während der Zugehörigkeit zur NATO der oder die Betreffende eine feststehende Summe in eine „Rentenkasse“ einzahlt und die gleiche Summe seitens des Arbeitgebers, die NATO, eingezahlt werden muss. Wenn man seinen Dienst in der NATO quittiert, wird die gesamte Summe ausgezahlt. Und genau diesen, bei R. Rupp nach 16 Dienstjahren und guten Verdienst, erheblichen Betrag, hat die NATO einbehalten. Auch hier, wie in vielen anderen Fällen, dominiert das Strafrecht unzulässigerweise das Sozialrecht.

Ein weiteres Beispiel der rechtswillkürlichen Vorgehensweise der Justiz gegen inoffizielle Mitarbeiter der Hauptverwaltung A:

Vier im Verbindungswesen zu einem Kundschafter eingesetzte Inoffizielle Mitarbeiter erfuhren nach dem Beschluss des Bundesverfassungsgerichtes vom 15.5.1995 (2 DDR-Bürger und 2 Bundesbürger im Ausland lebend), dass gegen sie ein Ermittlungsverfahren anhängig ist. Sie wurden von Bundesanwalt Schulz und mit Zustimmung des OLG Düsseldorf mit Schreiben vom 29.1.1996 aufgefordert, hohe Geldstrafen zu zahlen.

Der Bundesanwalt teilte mit, dass der Tatbestand des § 99 StGB erfüllt sei und kein Verfolgungshindernis besteht. Dies, obwohl die geheimdienstliche Gegnerschaft zwischen den zwei deutschen Staaten schon sechs Jahre zuvor ein Ende gefunden habe. Es wurde als vertretbar erklärt, dass, wenn die Beschuldigten die hohe Geldstrafe bezahlen, eine Strafaussetzung auf Bewährung möglich ist und die Bundesanwaltschaft vorläufig (!) von der Erhebung der öffentlichen Klage absehen kann.

Nachdem nahezu alle Ermittlungsverfahren abgeschlossen und die Mehrzahl der Kundschafter schon wieder auf freien Fuß waren, wurden nach Entschlüsselung der SIRA-Unterlagen (System der Informationsrecherche der HV A) diese zugänglich und von der Politik, aber auch von Strafverfolgungsbehörden benutzt, um Aktivitäten gegen die Mitarbeiter der DDR-Nachrichtendienste zu entwickeln. Das BKA führte im Auftrage der Bundesanwaltschaft Vernehmungen zu bereits abgeurteilten Kundschaftern durch, da in SIRA die Zahl der Information größer war als bis dahin bekannt.

Es gab also Versuche, nachträglich aus § 99 StGB Landesverrat zu machen. Seitens der Politik gab es Forderungen nach neuen Prozessen und keine Lockerungen im Strafvollzug. Hier ist der FDP-Politiker Solms als Eiferer noch in Erinnerung.

Der Strafvollzug für unsere Kundschafter verlief sehr unterschiedlich. Generell konnten wir unterscheiden zwischen dem Vollzug in CDU / CSU regierten Ländern und solchen, wo die SPD das Sagen hatte. In den SPD-regierten Ländern waren in der Regel die Bedingungen schwieriger, gab es mehr Probleme. Beschränkungen oder Schikanen waren nicht zentral festgelegt, sondern lagen im Ermessen der jeweiligen Anstalt. Wobei es auch davon Ausnahmen gab, z. B. hat während der Haft unserer Kundschafterin Gabriele Gast offensichtlich der BND Einfluss genommen und sicherlich Anteil an der 15-monatigen Isolationshaft. Eine eindeutige Menschenrechtsverletzung im „Rechtsstaat“ Bundesrepublik. Auch bei anderen Kundschaftern gab es Verletzungen der Haft -Vollzugsordnung und anderer Rechtsnormen. Diese hatten zur Folge, dass die Kundschafter über längere Zeiträume nicht an Gemeinschaftsveranstaltungen (Sportfest, Gottesdienst, Fernsehen u.ä.) teilnehmen durften. Entweder erhielten sie im Vollzug überhaupt keine Arbeit oder solche, die im Grunde für ihre Qualifikation eine Zumutung war. Da die Arbeitslosigkeit in den deutschen Haftanstalten relativ hoch ist, konnte ein Großteil der Kundschafter keine Anrechte auf Rente erwerben.

Probleme bereiteten unseren Kundschaftern ebenso die fehlende Möglichkeit des politischen Gedankenaustausches, da kaum Gleichgesinnte unter den Gefangenen waren. Die Besuche für Familienangehörige waren auf 4 Stunden im Monat beschränkt. Wenn Freunde und auch ehemalige Mitarbeiter der HV A die Kundschafter besucht haben, dann wurde diese Zeit von der der Familie abgezogen. Die optische und phonetische Überwachung der Besuche war nicht zu übersehen. Viele Erleichterungen oder auch selbstverständliche Rechte mussten über die jeweiligen Gerichte eingeklagt werden.

Es gab von Anstaltsleitungen schriftliche oder mündliche Unterstellungen, indem behauptet wurde, dass der Besuch der ehemaligen Mitarbeiter der HA A die Gefahr einer Fluchtvorbereitung des inhaftierten Kundschafters in sich birgt. Oder, der damalige Präsident des Bundestages W. Thierse fand es richtig, dass der allseits bekannte Kriminelle Schneider (Unterschlagung von Millionen) vor Haftantritt Weihnachtsurlaub genehmigt erhielt und unserem Kundschafter R. Rupp nach 5 verbüßten Haftjahren dies abgelehnt bekam. Thierse schien den Grund zu kennen: Der Kriminelle habe bereut und R. Rupp nicht.

Für die Kundschafter der DDR-Nachrichtendienste gab es eine breite und intensive, vielgestaltige Solidaritätsbewegung. So gab es Gnadengesuche an die Bundespräsidenten Herzog und Rau. Von beiden fast gleichlautende Ablehnungsschreiben, der Schriftsteller Walser thematisierte bzgl. Rainer Rupp eine Amnestie öffentlich, es gab eine außerordentliche Initiative von W. Gehrke (PDS), in deren Ergebnis 40 Wissenschaftler, Juristen, Politiker, Künstler u.a. sich für die Freilassung von R. Rupp und die Kundschafter überhaupt einsetzten. Die GRH bot für die Freilassung von R. Rupp eine Kaution von 100 000 DM an. Es ist nicht möglich hier die Vielfalt der geübten Solidarität im einzelnen zu schildern. In der Regel wurden die Kundschafter nach der Halbstrafe entlassen. Die Ausnahme R. Rupp, er musste statt 6 Jahre, noch 1 Jahr länger absitzen .

Die etablierte Politik reagierte auf die berechtigten Forderungen nach Beendigung der Strafverfolgung der Kundschafter sehr unterschiedlich. Es gab von Politikern Verständnis für die Forderungen, von denen wir es nicht erwartet hatten. Es gab gegenläufige Reaktionen neben solchen aus CDU, SPD und FDP, auch aus der PDS. Bei verschiedenen Behörden, wie Ministerien von Landesregierungen oder einflussreichen Politikern, gab es taube Ohren oder nichtssagende Antworten.

Deshalb ist es dringend geboten, das Unrecht, welches den Kundschaftern widerfahren ist, immer wieder zur Diskussion zu stellen, deren Rehabilitation und eine Entschädigung zu fordern.

Gerechtigkeit und Rechtsfrieden verlangen unser Engagement.

Web links

Empfehlenswerte Websites:

- [Gesellschaft zur Rechtlichen und Humanitären Unterstützung \(GRH e. V.\)](#)
- [Arbeitsgruppe Kundschafter der GRH e.V.](#)
- [Initiativgruppe "Kundschafter des Friedens" -\(IKF e.V.\)](#)
- [Arbeitsgruppe Grenze der GRH e.V.](#)
- [Arbeitsgruppe Sport der GRH. e. V.](#)
- [Ostdeutsche Kuratorium von Verbänden e.V. \(OKV\)](#)
- [Insiderkomitee zur Förderung der kritischen Aneignung der Geschichte des MfS](#)
- [Initiativgemeinschaft zum Schutz der sozialen Rechte ehemaliger Angehöriger der bewaffneten Organe und der Zollverwaltung der DDR \(ISOR e.V.\)](#)
- [Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde" \(GBM e.V.\)](#)
- [DDR-Kabinett Bochum](#)
- [Verband zur Pflege der Traditionen der Nationalen Volksarmee und der Grenztruppen der DDR e.V.](#)
- [Interessengemeinschaft Grenznachlässe und Archiv \(IGRA\)](#)

Presse und Medien:

- [Tageszeitung „junge Welt“](#)
- [Tageszeitung „neues deutschland“](#)
- [“RotFuchs“-Förderverein e.V.](#)
- [Das Magazin zu Geheimdiensten und Polizeien, Überwachungsstaat und Bürgerrechten weltweit](#)
- [Youtube-Seite „AktenFaktenArgumente“](#)
- [Youtube-Seite „AktionUndReaktion“](#)

Impressum

Herausgeber:

Vorstand der Gesellschaft zur Rechtlichen und Humanitären Unterstützung (GRH)
e.V.,

Mitglied des Ostdeutschen Kuratoriums von Verbänden (OKV).

Vorsitzender: Rechtsanwalt Hans Bauer; Geschäftsführer: Dieter Stiebert

Geschäftsstelle des Vorstandes: Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin,

Tel./ Fax : 030/2978 4225

Internet: www.grh-ev.org

E-Mail: verein@grh-ev.org

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle: Dienstag & Donnerstag,
jeweils 9.00 bis 16.00 Uhr

Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich. Die „Informationen“ dienen der Unterrichtung der Mitglieder und Sympathisanten der GRH e.V. und dürfen bei Behörden nicht als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden.

Spenden zur materiellen Unterstützung von Opfern der politischen Strafjustiz und zur Finanzierung weiterer humanitärer Tätigkeit der GRH e.V. werden erbeten auf das

**Konto der Berliner Volksbank, IBAN DE53 1009 0000 5788 9000 09,
BIC BEVODEBB**